



# Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Hecht, Silvan Remigius:

Widerstand in den internationalen Beziehungen: Eine neue Perspektive auf das Verhalten von Mitgliedsstaaten

## **Bachelorarbeit, Sommersemester 2024**

Gutachter\*in: Heinkelmann-Wild, Tim

Sozialwissenschaftliche Fakultät  
Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft  
Politikwissenschaft

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.122011>



## Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom  
Geschwister-Scholl-Institut  
für Politikwissenschaft

---

**2024**

Silvan Remigius Hecht

**Widerstand in den internationalen  
Beziehungen: Eine neue Perspektive  
auf das Verhalten von  
Mitgliedsstaaten**

---

Bachelorarbeit bei  
Dr. des. Tim Heinkelmann-Wild  
2024

## Inhaltsverzeichnis

|  |    |
|--|----|
| Einleitung.....  | 3  |
| Typologie: Modi institutioneller Aufnahmebereitschaft..... | 5  |
| Die drei Facetten des Widerstands .....                    | 5  |
| Die Herleitung .....                                       | 7  |
| Die Theorie .....  | 8  |
| Die Scope Conditions.....                                  | 9  |
| Die bilateralen Beziehungen als Schlüssel .....            | 10 |
| Empirische Analyse .....                                   | 13 |
| Forschungsdesign.....                                      | 13 |
| Die Türkei beim Beitritt Nordmakedoniens zur NATO .....    | 14 |
| Die Türkei beim Beitritt Schwedens zur NATO .....          | 18 |
| Die Türkei beim Beitritt Zyperns zur NATO/PfP .....        | 23 |
| Kurzbeispiele .....  | 27 |
| Konklusion.....  | 30 |
| Literaturverzeichnis .....                                 | 33 |

## Einleitung

In den letzten Jahren haben zahlreiche Staaten ihre traditionelle Neutralität aufgegeben. Insbesondere der russische Überfall auf die Ukraine hatte erhebliche Auswirkungen auf die internationale Weltordnung. (Aliyev 2022; Brusylovska 2020; Gómez Vélez 2023; Orhan 2022) In diesem Kontext stellten beispielsweise Finnland und Schweden nach mehreren Jahrzehnten gelebter Neutralität einen Beitrittsantrag zur NATO. (Ålander und Paul 2022; Ålander et al. 2022) Es stellt sich die Frage, warum Schweden erst fast ein Jahr später dem Bündnis beitreten konnte, obwohl beide Länder ihre Bewerbungen gleichzeitig eingereicht hatten?

Gemäß der Charta der Vereinten Nationen können alle friedliebenden Staaten Mitglied der UN werden. Dies sollte auch für Länder wie den Kosovo (Efevwerhan 2012) oder Taiwan (Chang und Lim 1996; Huang 2003a) gelten. Beide Länder bekunden seit Jahrzehnten ihr Interesse an einem Beitritt zur UN, jedoch konnte bisher keines von ihnen beitreten. Im Gegensatz dazu konnten andere Staaten in jüngerer Vergangenheit deutlich schneller beitreten. So verging bei der Schweiz 2002 kein halbes Jahr zwischen dem Beitrittsgesuch und der finalen Aufnahme.

Internationale Organisationen profitieren in vielerlei Hinsicht von einer größeren Anzahl an Mitgliedstaaten. Zu den Vorteilen zählen unter anderem erhöhte Legitimität und Glaubwürdigkeit, gesteigerte Effizienz und Effektivität, Stärkung der Normen und Prinzipien, Erweiterung der finanziellen und personellen Ressourcen sowie die Erleichterung von Kompromissen und Konsensbildung. (Alvarez 2006; Corbett et al. 2021a) Nach institutionellen und liberalen Ansätzen der internationalen Beziehungen müsste man erwarten, dass ein Beitritt zu einer internationalen Organisation ein Selbstläufer ist, wenn beide Seiten davon profitieren. Jedoch zeigen die oben genannten Beispiele, dass sich diese Annahme empirisch nicht bestätigen lässt.

In allen bisher genannten den Fällen ist das Veto eines oder mehrerer bestehender Mitgliedsstaaten der Grund für die Blockade. Daher stellt sich die Frage: Wann und warum leisten Mitglieder Widerstand beim Beitrittsversuch neuer Staaten zu einer internationalen Organisation? In vielen internationalen Organisationen herrscht das Prinzip der Einstimmigkeit bei Grundsatzentscheidungen, wie beispielsweise dem Beitritt neuer Länder. Diese Konstellation gewährt den Mitgliedstaaten in solche IOs ein Vetorecht.

Die gängige Literatur hat bereits ausführlich die Gründe für und gegen den Beitritt zu einer internationalen Organisation untersucht (Corbett et al. 2021b; Tyushka und Czechowska 2019), wie beispielsweise der Europäischen Union (Bertoldi et al. 2016; Börzel 2003, 2002; Bulmer und Lequesne 2020), den Vereinten Nationen (Boutros-Ghali 1993; Scharf 1995; Weiss et al. 2009) oder NATO (Clayton 2024; Ewers-Peters 2023; Goldgeier und Shiffrinson 2023; Menon und Ruger 2023; Saliu 2022). Jedoch wurden bisher kaum auf zwischenstaatliche Hürden bei einem Beitritt eingegangen.

Der konzeptionelle Beitrag dieser Arbeit besteht in der Entwicklung einer Typologie verschiedener Modi des Widerstands in den internationalen Beziehungen. Diese Typologie soll es ermöglichen, die Varianz dieses Verhaltens systematisch zu erfassen. Widerstand wird bislang hauptsächlich in kritischen und konstruktivistischen Theorien der internationalen Beziehungen als zentrales Motiv behandelt. (Beck und Veit 2015; Schlichte 2015; Wiener 2005; Zürn et al. 2007) Hierbei beschreibt es oft das Zusammenspiel von Macht, Herrschaft, Normen und demokratischer Partizipation. Neuerdings wird versucht, das Konzept des Widerstands auch in klassischen Ansätzen zu beleuchten. Unter anderem betonen Daase und Deitelhoff (2015) die Bedeutung des Dualismus zwischen Herrschaft und Widerstand auch in klassischen Theorien wie dem Realismus und dem Liberalismus. Erste Einbindungen im Zusammenhang mit internationalen Organisationen werden ebenfalls unternommen. (Kruck und Zangl 2019) Es existieren wenige klassische Arbeiten, die Widerstand behandeln, jedoch wurde noch keine umfassende Typologie des Widerstands erstellt und untersucht.

Der theoretische Beitrag dieser Arbeit liegt in der Analyse der institutionellen Macht von Mitgliedsstaaten. Mitgliedsstaaten von internationalen Organisationen, denen ein Vetorecht bei der Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten zukommt, haben verschiedene Möglichkeiten, Widerstand zu leisten. Der Fokus dieser Arbeit liegt darauf, den Einfluss der bilateralen Beziehungen zwischen dem Mitgliedsland und dem Beitrittskandidaten auf das Verhalten des Mitgliedslandes zu untersuchen.

Zunächst werden die verschiedenen Arten des Widerstands erklärt. Anschließend wird der theoretische Einfluss der bilateralen Beziehungen auf die Wahl des Widerstands dargelegt. Schließlich wird die Theorie empirisch an Beispielen aus der NATO getestet und daraus Schlussfolgerungen gezogen.

## Typologie: Modi institutioneller Aufnahmebereitschaft

### Die drei Facetten des Widerstands

Mit institutioneller Aufnahmebereitschaft ist das Verhalten von Staaten in internationalen Organisationen gemeint, wenn ein Beitrittsgesuch eines weiteren Staates vorliegt. Bei dem Beitritt eines Landes zu einer internationalen Organisation finden zahlreiche Verhandlungen statt. Den bisherigen Mitgliedstaaten kommt dabei oft viel Macht zu, da in vielen Institutionen die Aufnahme neuer Mitglieder Einstimmigkeit voraussetzt. Dies verleiht den bisherigen Mitgliedern de facto ein Vetorecht. Prominente Beispiele hierfür sind die Europäische Union (Slapin 2011; Bültmann-Hinz et al. 2021; Pappi und Henning 2003), oder Nato (Alberque und Schreer 2022)

Mitgliedstaaten, die als rationale Akteure im internationalen System agieren, können in Fällen, in denen ihnen viel Macht zukommt, zwischen unterschiedlichen Strategien wählen. Im Folgenden wird erläutert, welche Strategien die Mitgliedstaaten im Falle eines Beitrittsgesuchs anwenden können und wie sie auf die Veränderungen reagieren können.

Ein Mitgliedstaat, der bei Beitrittsverhandlungen ein Vetorecht besitzt, kann verschiedene Strategien anwenden, um ein gewünschtes Ergebnis zu erreichen. Zuerst muss er sich entscheiden, ob er dem Beitritt zustimmend oder ablehnend gegenübersteht. Bei der Befürwortung des Beitritts macht der Staat den Weg frei für eine kommende Aufnahme des Antragstellerlandes in die Organisation bzw. das Abkommen. Der Beitritt kann nur noch an weiteren Mitgliedstaaten scheitern. Wenn alle den Beitritt befürworten, wird das Land ebenfalls zum neuen Mitgliedsstaat. Im Falle einer Ablehnung des Beitritts kann das Land nicht beitreten. Es muss sich Alternativen suchen oder versuchen, die Vetomächte durch Angebote umzustimmen. Das bedeutet, dass Widerstand kein eindeutiges Verfahren ist und die Entscheidung, ob Zustimmung oder Widerstand, keine rein bipolare Entscheidung darstellt. Widerstand lässt sich noch unterscheiden in konditionalen Widerstand und absoluten Widerstand. Bei letzterem ist die Entscheidung final, das heißt, ein Beitritt ist zumindest vorerst vom Tisch. Bei bewusst konditionalem Widerstand erwartet das Mitgliedsland oft die Erfüllung von eigenen Bedingungen für die Zustimmung des Beitrittslandes. So ergeben sich vorerst drei Modi, mit denen Mitgliedstaaten auf ein Beitrittsgesuch reagieren können:

**Kein Widerstand:** Wenn ein Mitgliedsstaat den Beitritt eines Landes befürwortet und keine Mittel gegen das Vorhaben anwendet, nutzt es die Strategie kein Widerstand. In diesem Fall hat das beitriftswillige Land keine Opposition von dem Mitgliedsstaat zu befürchten, sondern erhält vielmehr aktive Unterstützung bei dem Prozess des Beitritts. Diese Unterstützung kann verschiedene Formen annehmen: von der verbalen Befürwortung des Beitritts bis hin zur aktiven Unterstützung mit eigenen Ressourcen. In diesem Fall wirkt das Mitgliedsland beschwichtigend auf andere, kritischere Staaten innerhalb der Organisation ein und kann diese im Extremfall versuchen mit „Geschenken“ zu überzeugen. Beispielsweise haben die USA unter der Bush-Administration erhebliche Ressourcen aufgebracht, um die Zustimmung zur de facto Anerkennung Indiens als Nuklearmacht zu sichern (Frankenbach et al. 2021). Polen befürwortet schon lange einen Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union (Copsey und Pomorska 2010).

**Konditionaler Widerstand:** Wenn Mitgliedsstaaten ihre Zustimmung zu einem Beitritt an Forderungen knüpfen und bei deren Nichterfüllung mit Ablehnung drohen, wird die Strategie des Konditionalen Widerstands genutzt. In diesem Fall knüpft das Mitgliedsland seine Zustimmung an Forderungen gegenüber dem Beitrittsland, um sich die Zustimmung zu „erkaufen“. Diese Forderungen sind meistens gegen das Beitrittsland gerichtet, können jedoch auch gegen dessen Verbündete innerhalb der Institution gerichtet sein. Diese Forderungen können sehr unterschiedlich sein, basieren aber oft auf bereits bestehenden Konflikten oder empfundenen Ungerechtigkeiten. Die Höhe der Forderungen kann ebenfalls stark variieren, von kleinen Zugeständnissen bis hin zu schwer umsetzbaren Forderungen. Grundsätzlich wird bei dieser Methodik versucht, sich selbst Zugeständnisse zu erpressen. Beispielsweise forderte die Türkei beim NATO-Beitritt Schwedens ein Verbot der kurdischen Arbeiterpartei PKK in Schweden sowie die Lieferung amerikanischer Kampffjets für eine Zustimmung. (Tuncer 2022; Gunter 2022) Auch Slowenien forderte eine Neuverhandlung der Wirtschaftszonen und der Fischereirechte mit Kroatien bei dessen Beitritt zur Europäischen Union. (Dietmar Drimoser 2013; Bojinović Fenko et al. 2023; Dirmoser 2013)

**Absoluter Widerstand:** Durch das Vetorecht der Staaten kann jedes Mitglied einen Beitritt auch komplett verhindern. Bei dieser Strategie gibt es kaum noch Hoffnung, dass der Beitritt gelingen kann. Es werden auch keine Bedingungen an die mögliche Zustimmung geknüpft, da von vornherein klar ist, dass ein Beitritt unter keinen Umständen gewollt ist. Taiwan hat sich bereits mehrmals um eine Mitgliedschaft in der

UN beworben, bisher leistet die Volksrepublik China jedoch absoluten Widerstand gegen den Beitritt des Inselstaats. (Chang und Lim 1996; Huang 2003a) Ein weiteres Beispiel ist der Beitritt Kosovos zur UN, welcher bisher immer von Serbien mit der Hilfe seiner Verbündeten verhindert wurde. (Proroković und Ladjevac 2018; Papić 2013)

Insgesamt lässt sich Widerstand von Mitgliedstaaten bei den Beitrittsversuchen dritter Staaten zu internationalen Organisationen als eine Skala verstehen. Die Pole bilden kein Widerstand und absoluter Widerstand. Dazwischen kann der konditionale Widerstand in unterschiedlichster Intensität auftreten. So können Länder mit der Zeit ihre Strategien und Einstellungen ändern, insbesondere nach einschneidenden Ereignissen oder einem Führungswechsel im Staat, was zu einem Wechsel der Strategien führen kann.

### Die Herleitung

Die institutionelle Aufnahmebereitschaft beschreibt das Verhalten von Staaten innerhalb internationaler Organisationen, wenn ein Beitrittsgesuch eines weiteren Staates vorliegt. Um die verschiedenen Strategien der Mitgliedstaaten in solchen Verhandlungen zu verstehen, können unterschiedliche theoretische Ansätze herangezogen werden. Im Folgenden wird ein institutioneller und ein konstruktivistischer Ansatz zur Analyse verwendet.

Die konstruktivistischen Theorien unter anderem nach Wendt (1992) argumentieren, dass die internationalen Beziehungen und das Verhalten von Staaten durch soziale Konstruktion und interaktive Prozesse geformt werden. Die Identitäten und Interessen von Staaten stehen nicht fest, sondern entstehen und wandeln sich durch kontinuierliche Interaktionen. In diesem Kontext wird die institutionelle Aufnahmebereitschaft als eine Funktion der sozialen Konstruktion verstanden.

Ein Staat, der eine bestimmte Identität entwickelt hat, wird diese Identität in den Verhandlungen über den Beitritt eines neuen Mitglieds in einer internationalen Organisation widerspiegeln. Diese Identitäten beeinflussen, ob der Staat dem Beitritt zustimmend oder ablehnend gegenübersteht. Konstruktivistische Ansätze betonen zudem die Bedeutung von konstruierten Normen und Regeln. Staaten handeln auf der Basis dieser Normen, die sie durch ihre Interaktionen formen. Die Aufnahme eines neuen Mitglieds hängt somit auch davon ab, wie gut dieser neue Staat in die bestehenden normativen Strukturen integriert werden kann. Kooperation und Vertrauen sind

zentrale Elemente in Wendts Theorie, wobei ein Staat, der den Beitritt unterstützt (kein Widerstand), Vertrauen in den neuen Mitgliedsstaat und die Fähigkeit der Organisation zeigt. Ziel ist es diesen zu integrieren. Konditionaler Widerstand kann als Versuch verstanden werden, durch das Setzen von Bedingungen Vertrauen aufzubauen und sicherzustellen, dass der neue Staat sich den bestehenden Normen anpasst.

Die rationalistischen Theorien basieren auf der Annahme, dass Staaten als rationale Akteure handeln und ihre Interessen maximieren. (Deitelhoff und Zürn 2016) In diesem Ansatz werden die Entscheidungen der Staaten im Kontext von Beitrittsverhandlungen als Ergebnis einer Kosten-Nutzen-Analyse verstanden. Ein Staat, der keinen Widerstand leistet, sieht einen klaren Nutzen im Beitritt des neuen Mitglieds. Ein Staat, der absoluten Widerstand leistet, schätzt die Kosten oder Risiken eines Beitritts als zu hoch ein.

Internationale Institutionen spielen eine wichtige Rolle, da sie die Kooperation durch die Reduzierung von Unsicherheiten und Transaktionskosten erleichtern. Konditionaler Widerstand kann in diesem Kontext als ein Mittel gesehen werden, um sicherzustellen, dass ein neuer Mitgliedsstaat zur Stabilität und den bestehenden kooperativen Strukturen beiträgt, indem er bestimmte Bedingungen erfüllt.

Die Spieltheorie wird in den rationalistischen Theorien genutzt, um verschiedene Interessenkonstellationen zu analysieren. Ein Koordinationsspiel ohne Verteilungskonflikt entspricht der Situation eines Staates, der keinen Widerstand leistet, da hier die Interessen weitgehend übereinstimmen. Ein Dilemmaspiel mit Vertrauensproblemen spiegelt den konditionalen Widerstand wider, wo Vertrauen durch Bedingungen aufgebaut werden muss. Ein Nullsummenspiel entspricht dem absoluten Widerstand, da hier die Interessen völlig gegensätzlich sind und Kooperation unmöglich erscheint.

Die Modi von Widerstand lassen sich aus verschiedensten Richtungen politikwissenschaftlichen Denkens herleiten.

## Die Theorie

Um zu verstehen, warum unzufriedene Staaten unterschiedliche Modi des Widerstands wählen, betrachten wir sie als rational handelnde Akteure. Diese analysieren die Kosten und den Nutzen verschiedener Formen des institutionellen Widerstands und entscheiden sich für den Modus, der ihnen das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis verspricht. Die bisherige Forschung zum Widerstand beim Beitritt zu internationalen

Institutionen hebt kaum Faktoren hervor, die im besonderen Maße wichtig wären. In dieser Arbeit wird argumentiert, dass die bisherigen Verhältnisse zwischen dem Beitrittskandidaten und einem Mitglied der internationalen Organisation die Wahl des Widerstands beeinflussen. Es wird postuliert, dass unterschiedliche bilaterale Verhältnisse *ceteris paribus* zu verschiedenen Strategien des Widerstands führen.

### Die Scope Conditions

Die Theorie untersucht das Verhalten von bisherigen Mitgliedsstaaten bei dem Beitrittsgesuch eines Landes zu einer internationalen Organisation. Damit diese Theorie Gültigkeit beanspruchen kann, müssen jedoch folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

Die erste Voraussetzung sind **erfüllte institutionelle Beitrittskriterien**. Internationale Institutionen haben oft gewisse institutionelle Hürden festgelegt, die Staaten erfüllen müssen, um in die IO aufgenommen zu werden. Viele internationale Organisationen haben solche Regeln, um zu verhindern, dass jedes Land beitreten kann. Diese Kriterien können relativ einfach sein. Beispielsweise muss der Bewerber für eine Mitgliedschaft in der UN ein Staat sein. Für den Beitritt zur EU müssen hingegen vielfältige Pflichten in unterschiedlichsten Bereichen erfüllt sein, wie etwa hinsichtlich Verschuldung, Rechtsstaatlichkeit und Wirtschaftskraft. In der Wissenschaft ist jedoch umstritten, ob diese Bedingungen stets erfüllt sein müssen, da es Beispiele gibt, in denen Staaten aufgenommen wurden, obwohl nicht alle Bedingungen erfüllt waren. (Osieke 1981) Für die folgende Untersuchung wird jedoch davon ausgegangen, dass die Aufnahmebedingungen erfüllt oder zumindest weitgehend erfüllt sind.

Eine weitere Bedingung ist, dass **langfristige Vorteile** in der Zusammenarbeit gesehen werden. Diese Bedingung ist erfüllt, wenn langfristig die Vorteile gegenüber möglichen Nachteilen überwiegen. Ein Beitrittskandidat vergrößert die internationale Organisation und die Regeln und Pflichten werden auf den neuen Staat ausgedehnt. Eine notwendige Voraussetzung ist daher, dass ein bisheriger Mitgliedsstaat auch von der Expansion profitiert, unabhängig vom Beitrittskandidaten. Viele internationale Organisationen und damit auch die einzelnen Mitgliedsstaaten profitieren von einer Erweiterung, unter anderem durch gesteigerte Absatzmärkte, eine Legitimitätssteigerung oder eine Machtkumulierung innerhalb der Organisation. (Corbett et al. 2021a, 2021b) Für die Gültigkeit der Theorie wird vorausgesetzt, dass die langfristigen Vorteile eines Beitritts die Nachteile überwiegen.

Die letzte Bedingung ist, eine **interner Verhinderungsmacht / Vetomacht**. Die Theorie trifft nur auf Staaten zu, die über interne Verhinderungsmacht oder ein Vetorecht innerhalb der internationalen Organisation beim Aufnahmeprozess verfügen. Viele internationale Organisationen, wie beispielsweise die EU, die NATO oder das CPTPP, fordern Einstimmigkeit bei der Entscheidung über Beitritte. Diese Klausel gibt allen Mitgliedsstaaten de jure und de facto ein Vetorecht bei der Entscheidung über neue Mitglieder. Selbst bei der Aufnahme in die UN haben die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates Vetomacht bei der Aufnahme neuer Staaten. (Quigley 2012; Magliveras 2011) Manche Staaten besitzen kein offizielles Vetorecht, können jedoch aufgrund der internen Struktur und Machtverhältnisse Entscheidungen blockieren. Dies wird als interne Verhinderungsmacht bezeichnet und stellt ein de facto Vetorecht dar. (Daßler et al. 2022) Für die folgenden Untersuchungen müssen Staaten mindestens über interne Verhinderungsmacht verfügen, damit die Theorie Gültigkeit erlangt.

#### Die bilateralen Beziehungen als Schlüssel

Unter den gegebenen Voraussetzungen wird nun argumentiert, dass die Wahl des Widerstandsmodus allein von den bilateralen Beziehungen zwischen dem Beitrittskandidaten und dem Mitgliedsstaat abhängt. Welche Faktoren die Beziehungen zwischen zwei Ländern beeinflussen, wurde bereits vielfach untersucht. Wichtige Aspekte dabei sind unter anderem ideologische Gemeinsamkeiten und/oder Unterschiede (Gries und Yam 2020; Howard 1989) sowie eine gemeinsame Vergangenheit (Langenbacher 2010; Fioretos 2011) und viele weitere.

In der gängigen Literatur stehen die Begriffe absolute Feindschaft und Freundschaft/Harmonie an den beiden Polen der Beziehungsskala. Gute Verhältnisse zwischen Staaten werden als Freundschaft bezeichnet, während Feindschaft schlechte Beziehungen beschreibt. Diese Begriffe stellen Idealtypen auf einer Skala dar, deren Mitte unterschiedliche Ausprägungen umfassen kann. Für die Einfachheit der Untersuchung werden die beiden Extreme sowie ein in der Mitte liegender Wert als Referenz für die weiteren Untersuchungen herangezogen. Die drei Werte sind somit Feindschaft, ungelöste Konflikte und Freundschaft. Wichtig ist, dass die beiden Pole Idealtypen in zwischenstaatlichen Beziehungen darstellen und der Mittelwert potenziell viele Facetten und Intensitäten umfasst. In der Realität werden diese oft nicht vollständig erreicht bzw. nicht alle Kriterien erfüllt.

Im Folgenden wird nun erklärt, welche der drei Strategien Staaten in welchen Situationen anwenden können. Dabei wird die Wahl der passenden Strategien von den bilateralen Verhältnissen der beiden Staaten abhängig gemacht (vgl. Abb: 1).

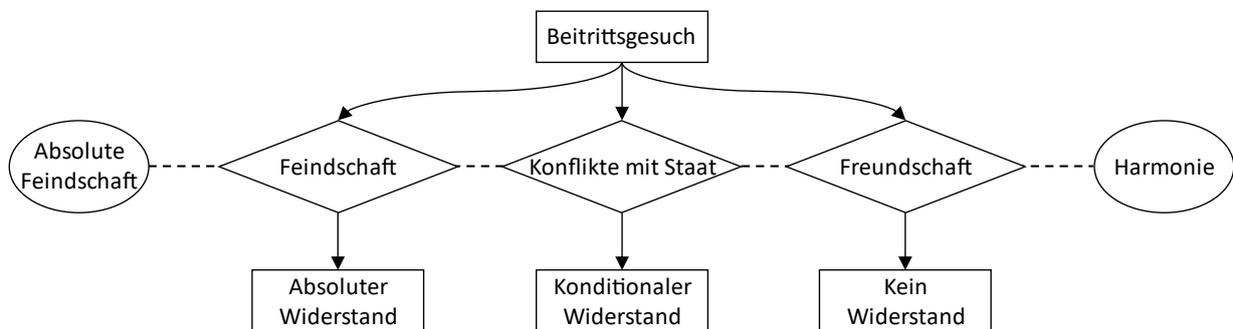


Abb 1: Schematische Darstellung der drei Widerstands-Modi im Zusammenhang mit den bilateralen Beziehungen.

**Feindschaft:** Ein Zustand der Beziehungen zwischen einem Mitgliedsland und einem Beitrittskandidaten, der von tiefem Hass und Misstrauen geprägt ist. In solch feindlichen Beziehungen ermöglicht die Vetomacht des Mitgliedslandes, unerwünschte Entscheidungen zu blockieren. Das Mitgliedsland hat die Möglichkeit den Beitritt entweder zu befürworten oder zu blockieren. Bei solch schlechten Verhältnissen besteht jedoch ein so großes Misstrauen gegenüber dem Beitrittskandidaten, dass eine Aufnahme in die Organisation verhindert werden soll. In einer feindlichen Beziehung wird der Beitrittskandidat als Bedrohung wahrgenommen. Es besteht die Überzeugung, dass der „Erzfeind“ unter allen Umständen geschwächt werden muss und keinen Einblick in die internen Strukturen der Organisation erhalten darf. Die Vorstellung, dass ein feindlicher Staat Teil derselben Organisation wird, ist daher unvorstellbar. Ein gemeinsamer institutioneller Rahmen würde als Sicherheitsrisiko betrachtet werden, da er dem Beitrittskandidaten potenziell sensible Informationen und Einflussmöglichkeiten bieten könnte. Für den Beitrittskandidaten bleibt in einer solchen Situation keine andere Wahl, als vorerst auf den Beitritt zu verzichten. Um die Chancen auf einen zukünftigen Beitritt zu verbessern, müsste der Kandidat möglicherweise versuchen, die Beziehungen zu den feindlichen Mitgliedsstaaten zu verbessern. Dies könnte durch diplomatische Bemühungen, Vertrauensbildung und Konfliktlösung geschehen. Es wird daher erwartet, dass im Falle einer Feindschaft zwischen den beiden Ländern das Mitgliedsland den absoluten Widerstand wählen wird. Dies bedeutet, dass es den Beitritt des feindlichen Staates kategorisch ablehnt und alle Maßnahmen ergreift, um dessen Aufnahme in die Organisation zu verhindern. Der absolute Widerstand ist in diesem Kontext eine

logische Konsequenz des tief verwurzelten Misstrauens und der feindseligen Beziehungen zwischen den beteiligten Staaten.

**Konflikte mit Staat:** Ein Zustand der Beziehungen zwischen einem Mitgliedsland und einem Beitrittskandidaten, der von ungelösten Konflikten, aber auch von Zusammenarbeit in anderen Bereichen geprägt ist, kann als konfliktbehaftet beschrieben werden. Diese Konflikte können unterschiedlichste Themen umfassen, wie zum Beispiel territoriale Streitigkeiten, wirtschaftliche Differenzen oder politische Meinungsverschiedenheiten. Trotz dieser Konflikte können beide Staaten in bestimmten Bereichen kooperieren, was eine gewisse Grundlage für Verhandlungen schafft. Nachdem ein Beitritt des Kandidatenstaates langfristige Vorteile für das Mitgliedsland mit sich bringt, besteht grundlegend ein Interesse daran, dem Beitrittskandidaten eine Aufnahme zu gewähren. Gleichzeitig besitzt das Mitgliedsland jedoch ein Vetorecht, das es jederzeit einsetzen kann, um den Beitritt zu verhindern. Dieses Vetorecht ermöglicht es dem Mitgliedsland, ein Veto anzudrohen und dessen Einsatz an bestimmte Forderungen zu knüpfen. Durch diese Drohung kann das Mitgliedsland versuchen, in den Konfliktpunkten eine für sich vorteilhafte Einigung herbeizuführen. In diesem Fall wird das Vetorecht als Druckmittel genutzt, um Zugeständnisse vom Beitrittskandidaten zu erpressen. Diese Forderungen können vielfältig sein und reichen von politischen oder wirtschaftlichen Zugeständnissen bis hin zu sicherheitspolitischen Garantien. Wenn der Beitrittskandidat die gestellten Forderungen erfüllt, wird der Beitritt ermöglicht. Andernfalls bleibt der Beitritt blockiert. Dieser Zustand spiegelt eine mittlere Position zwischen Freundschaft und Feindschaft wider. Es bestehen zwar Konflikte, jedoch auch die Möglichkeit einer Einigung und Kooperation. In solchen Situationen wird erwartet, dass der Mitgliedsstaat konditionalen Widerstand leistet. Dies bedeutet, dass die Zustimmung zum Beitritt an die Erfüllung bestimmter Bedingungen geknüpft ist. Der konditionale Widerstand bietet dem Mitgliedsland die Möglichkeit, den Beitritt des Kandidatenstaates zu nutzen, um eigene Interessen durchzusetzen und bestehende Konflikte zu lösen. Gleichzeitig bleibt die Option offen, bei Nichterfüllung der Bedingungen den Beitritt zu blockieren. Dieses Vorgehen ermöglicht es, einerseits die Vorteile eines erweiterten Mitgliederkreises zu nutzen und andererseits die eigenen nationalen Interessen zu schützen.

**Freundschaft:** Ein Zustand der Beziehungen zwischen einem Mitgliedsland und einem Beitrittskandidaten, der von tiefem Vertrauen und gegenseitiger Unterstützung

geprägt ist, wird als freundschaftlich bezeichnet. In einem solchen Szenario nutzt das Mitgliedsland seine Vetomacht nicht, um unerwünschte Entscheidungen zu blockieren. Vielmehr ist das Mitgliedsland bestrebt, den Beitritt zu fördern und die Zusammenarbeit zu intensivieren. Freundschaftliche Beziehungen basieren auf gemeinsamen Interessen und Werten. Beide Länder erkennen den erheblichen Vorteil einer engen Kooperation, sei es in wirtschaftlicher, politischer oder sicherheitspolitischer Hinsicht. Ein Beitritt zu einer gemeinsamen Institution wird als bereichernd und stabilisierend angesehen. In diesem Kontext arbeitet das Mitgliedsland aktiv daran, Hindernisse aus dem Weg zu räumen und den Beitrittsprozess zu erleichtern. Ziel ist es, den Beitrittskandidaten erfolgreich in die Organisation zu integrieren und die gemeinsamen Interessen zu stärken. In einem solchen freundschaftlichen Verhältnis wird erwartet, dass der Mitgliedsstaat keinen Widerstand gegen den Beitritt leistet. Stattdessen wird er alle notwendigen Schritte unternehmen, um den Beitritt zu ermöglichen. Die Unterstützung des Mitgliedslandes kann verschiedene Formen annehmen, von der Förderung des politischen Dialogs bis hin zur Bereitstellung von Ressourcen zur Erfüllung der Beitrittskriterien.

## Empirische Analyse

### Forschungsdesign

Die Auswahl der Fallbeispiele für diese Untersuchung basiert auf methodischen und inhaltlichen Überlegungen, um die Vielfalt und Relevanz der untersuchten Fälle sicherzustellen. Drei spezifische Fälle wurden ausgewählt, um die Theorie des Widerstands gegen den Beitritt neuer Staaten zu internationalen Organisationen zu testen und zu illustrieren. Ein wichtiger methodischer Ansatz bei der Auswahl der Fälle ist das "Most Similar Case Design". Dieses Design ermöglicht es, den Einfluss des untersuchten Faktors – in diesem Fall die bilateralen Beziehungen zwischen dem Mitgliedsland und dem Beitrittskandidaten – präzise herauszuarbeiten.

Die Fälle wurden außerdem aufgrund ihrer Aktualität ausgewählt, um die Relevanz der Untersuchung für gegenwärtige politische und sicherheitspolitische Entwicklungen zu unterstreichen. Aktuelle Fälle bieten den Vorteil, dass sie gut dokumentiert sind und umfassende Daten verfügbar sind. Dies erleichtert eine präzise Analyse und ermöglicht es, die Theorie auf zeitgenössische Ereignisse anzuwenden. Die ausgewählten

Fälle betreffen die Beitrittsversuche von Schweden, Nordmakedonien und Zypern zur NATO bzw. zu einem NATO-Programm aus der Perspektive der Türkei.

Die Fallauswahl bringt jedoch auch einige Einschränkungen mit sich. Eine spezifische Herausforderung besteht darin, dass die NATO eine Sicherheitsorganisation ist. In Bereichen der militärischen Kooperation könnte Misstrauen stärker ins Gewicht fallen als in anderen Politikbereichen, was eine höhere Tendenz zu absolutem Widerstand zur Folge haben könnte. Dennoch bedeutet dies auch, dass, wenn in diesen Fällen Verhalten mit allen drei Widerstands-Modi beobachtet werden kann, die Validität der Modi "kein Widerstand" und "konditionaler Widerstand" in anderen Kontexten erhöht wird. Um die Argumentation insgesamt zu stärken, werden im Anschluss an die drei Fallbeispiele noch kurz weitere Fälle aus anderen Politikfeldern besprochen. Diese werden jedoch nicht als komplette Fälle mit allen Facetten behandelt, sondern es werden lediglich die wichtigsten Entwicklungen eines Beitritts bzw. Versuchs skizziert.

Zusammenfassend ermöglicht die Kombination aus dem "Most Similar Case Design", der Aktualität der Fälle und der Fokussierung auf Sicherheitsorganisationen eine fundierte und relevante Analyse der verschiedenen Widerstandsmodi. Dies trägt dazu bei, die theoretischen Annahmen der Arbeit zu testen und ihre Anwendbarkeit auf unterschiedliche politische und institutionelle Kontexte zu überprüfen.

#### [Die Türkei beim Beitritt Nordmakedoniens zur NATO](#)

Anfang der 1990er Jahre geriet das ehemalige Jugoslawien in interne Konflikte, die zur Unabhängigkeit vieler nun eigenständiger Staaten führten. Makedonien, das heutige Nordmakedonien, erklärte am 8. September 1991 seine Unabhängigkeit von Jugoslawien. Um die Sicherheit als unabhängige Nation in einer unsicheren Region wie dem Balkan zu stärken, zeigten junge Staaten ein großes Interesse an Mitgliedschaften in internationalen Organisationen. Auch Nordmakedonien bekundete früh sein Interesse an mehreren internationalen Organisationen, darunter die NATO. (Iliev et al. 2020) Bereits 1995 trat das Land der "Partnership for Peace" bei, einem sicherheitspolitischen Zusammenschluss von NATO-Staaten mit verschiedenen europäischen Ländern. Eine Mitgliedschaft gilt oft als erster Schritt zu einer vollwertigen NATO-Mitgliedschaft.

Ein Hauptgrund für den Beitritt war die Erhöhung der nationalen Sicherheit und die Absicherung des Landes gegen mögliche externe Bedrohungen. Durch die

Mitgliedschaft in der NATO wollte Nordmakedonien zudem seine Position und Rolle in der Balkanregion festigen und zur Stabilität in Südosteuropa beitragen. Darüber hinaus wurden politische und wirtschaftliche Vorteile erwartet, da die NATO-Mitgliedschaft als Schritt zur Modernisierung des Landes und zur Anziehung ausländischer Investitionen gesehen wurde, die durch erhöhte Sicherheit und das Vertrauen in stabile politische Verhältnisse begünstigt werden.

Der Beitrittsprozess begann im Jahr 1999, als Nordmakedonien auf dem NATO-Gipfel in Washington in das "Membership Action Plan" (MAP) Programm aufgenommen wurde, das den Weg zur Mitgliedschaft ebnen sollte. Ein entscheidender Schritt erfolgte 2001 mit dem Ohrid-Rahmenvertrag, der den ethnischen Konflikt in Nordmakedonien beendete und politische Reformen ermöglichte, die für die Annäherung an die NATO erforderlich waren. Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 erhielt Nordmakedonien eine Zusage zur Einladung zur Mitgliedschaft, sollte es sein Namensproblem mit Griechenland lösen.

2018 wurde mit dem Prespa-Abkommen das Namensproblem beigelegt, indem sich Nordmakedonien bereit erklärte, den neuen offiziellen Namen "Republik Nordmakedonien" anzunehmen. Dies ermöglichte 2019 die Unterzeichnung des Beitrittsprotokolls durch die NATO-Mitgliedsstaaten und markierte den Beginn des Ratifizierungsprozesses in den nationalen Parlamenten der NATO-Mitglieder.

Um die Theorie auf das Beispiel anzuwenden, müssen zunächst die Voraussetzungen des Falls geprüft werden. Der "Membership Action Plan" (MAP) ist ein Programm der NATO, das beitriftswillige Länder bei der Vorbereitung auf eine Mitgliedschaft unterstützt. Seit seiner Einführung 1999 bietet der MAP eine strukturierte Anleitung zur Durchführung notwendiger Reformen in Bereichen wie Politik, Wirtschaft, Verteidigung und Sicherheit. Länder im MAP erhalten individuell zugeschnittene Unterstützung und werden jährlich bewertet, um ihre Fortschritte zu überwachen. Der MAP stellt keine Garantie für die Mitgliedschaft dar, erleichtert jedoch den Beitrittsprozess und fördert die Erfüllung der NATO-Standards, wodurch die Stabilität und Sicherheit im euro-atlantischen Raum gestärkt werden. Wichtig ist jedoch, dass der MAP keine klar definierten Ziele beinhaltet, sondern vielmehr die Gewilltheit eines Landes zur Fortschritts-erzielung in diesen Bereichen bewertet. (NATO 2006) Makedonien erfüllte diese Voraussetzungen. (Uzairi 2019)

Hatte die NATO und respektive ihre Mitglieder von der Adriatic Charter langfristigen Nutzen zu erhoffen? Die NATO erachtete die Erweiterung als sinnvoll, um die Stabilität und Sicherheit in Europa, insbesondere in der instabilen Balkanregion, zu fördern. Nach den Konflikten in den 1990er Jahren war es entscheidend, Südosteuropa zu stabilisieren und zu sichern. Durch die Integration der Balkanländer in die NATO sollten anti-westliche Einflüsse, vor allem aus der Russischen Föderation, abgewehrt und die Region vor destabilisierenden Kräften geschützt werden. Die Adriatische Charta, unterzeichnet von Albanien, Kroatien und Nordmakedonien, zielte darauf ab, die regionale Zusammenarbeit und Sicherheit zu stärken sowie die Interoperabilität und Einhaltung von NATO-Standards durch gemeinsame Übungen und kooperative Aktivitäten zu verbessern. Neben militärischen Reformen wurden auch demokratische Reformen und die Achtung der Menschenrechte gefördert, was die allgemeine Regierungsführung und Sicherheit in den betreffenden Ländern verbesserte. Die NATO musste sich zudem an neue Sicherheitsbedrohungen wie Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen anpassen, weshalb die Erweiterung als ein Mittel gesehen wurde, die Allianz flexibler und relevanter in der modernen Welt zu machen. Insgesamt bringt die Erweiterung einen langfristigen Nutzen durch die Stärkung der euro-atlantischen Integration und der Konsolidierung eines stabilen und sicheren Europas. (Uzairi 2019)

Der Türkei als Mitgliedstaat in der NATO hat ein Vetorecht bei der Aufnahme neuer Mitglieder. Somit sind alle Bedingungen erfüllt.

Die Beziehungen zwischen Makedonien (jetzt Nordmakedonien) und der Türkei zu Beginn der 2000er Jahre waren größtenteils freundlich und kooperativ. Nachdem Nordmakedonien 1991 die Unabhängigkeit von Jugoslawien erklärt hatte, entwickelten sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern allmählich. Die Türkei war eines der ersten Länder, das die Unabhängigkeit Nordmakedoniens anerkannte.

Schon früh ergaben sich gute Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Ein wichtiger Grund hierfür war das angespannte Verhältnis der beiden Länder zu Griechenland. Die Türkei und Griechenland erheben beide Anspruch auf Zypern, während Griechenland den Namen Makedoniens vor allem die damit verbundenen territorialen Assoziationen kritisierte. So bot eine Kooperation der beiden Länder von Anfang an Vorteile. Vor allem die Türkei konnte so ihren Einfluss auf die noch instabile Region des Balkans ausdehnen.

Die militärische Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Nordmakedonien umfasste die Ausbildung makedonischer Offiziere in türkischen Akademien, die Lieferung militärischer Ausrüstung und die Durchführung gemeinsamer Militärübungen. Diese Bemühungen zielten darauf ab, die Verteidigungsfähigkeiten Nordmakedoniens zu stärken, insbesondere in Zeiten regionaler Instabilität wie dem Kosovo-Konflikt. Während der Kosovo-Krise leistete die Türkei Nordmakedonien erhebliche Hilfe, sowohl in Form militärischer Unterstützung als auch humanitärer Hilfe für kosovarische Flüchtlinge. Die Unterstützung der Türkei wurde von makedonischen Führern gelobt und trug zur Stärkung der bilateralen Beziehungen bei.

In den 1990er Jahren und frühen 2000er Jahren schlossen die Türkei und Nordmakedonien mehrere bedeutende bilaterale Abkommen. Im Juni 1995 wurde ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung unterzeichnet, gefolgt von einem Abkommen zur gegenseitigen Förderung und zum Schutz von Investitionen im Juli desselben Jahres. Ein Freihandelsabkommen wurde im September 1999 geschlossen. Auf militärischer Ebene begannen die Verhandlungen 1993 mit der Ausbildung makedonischer Offiziere in türkischen Akademien. Ein Rahmenkooperationsabkommen im militärischen Bereich wurde im April 1995 unterzeichnet, gefolgt vom „Skopje-Dokument“ im Juli 1995 und einer Vereinbarung zur Ausbildung makedonischer Piloten im März 1996. Während des griechischen Embargos in den Jahren 1994/95 versorgte die Türkei Nordmakedonien mit Treibstoff. Während der Kosovo-Krise 1999 unterstützte die Türkei Nordmakedonien erneut mit militärischer Ausrüstung und humanitärer Hilfe, einschließlich der Aufnahme von etwa 18.000 kosovarischen Flüchtlingen. (Gangloff 2011)

Insgesamt können die Beziehungen der beiden Länder als freundschaftlich angesehen werden, als Nordmakedonien der NATO beitreten wollte. Bereits 1995 trat Nordmakedonien der Partnerschaft für den Frieden bei und 1999 dem Membership Action Plan, beides Voraussetzungen für eine NATO-Mitgliedschaft. Jedoch scheiterte der Beitritt lange an der Blockade Griechenlands wegen des Namensstreits der beiden Staaten. Schließlich einigten sich Nordmakedonien und Griechenland, sodass 2018 Nordmakedonien offiziell in die NATO eingeladen wurde. Im folgenden Zeitraum mussten alle Mitgliedstaaten dem Beitritt zustimmen. Das türkische Parlament akzeptierte den Beitritt am 11. Juli 2019 mit einer Mehrheit von 255 gegen 7 Stimmen bei einer Enthaltung.

(Große Nationalversammlung der Türkei 2019) Schließlich trat Nordmakedonien offiziell am 27. März 2020 als 30. Mitgliedsstaat dem Verteidigungsbündnis bei.

#### Die Türkei beim Beitritt Schwedens zur NATO

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine stellte in vielerlei Hinsicht eine Zeitenwende dar. Ein Russland, das zunehmend aggressiv auftritt und auch nicht davor zurückschreckt, militärische Mittel zur Erreichung seiner Ziele einzusetzen, hat Auswirkungen auf den gesamten geopolitischen Raum, so auch auf Schweden. Als Russland am 24. Februar 2022 in die Ukraine einmarschierte, führte dies zu einer Neubewertung der sicherheitspolitischen Lage seitens Schwedens gegenüber seinem Nachbarn Russland. Die beiden Länder teilen sich eine direkte Grenze sowie den Zugang zur Ostsee. Schwedens langjährige Politik der Neutralität wurde überdacht und man entschied sich für eine Annäherung an die NATO, um gemeinsam mit den westlichen Verbündeten in Europa einem russischen Aggressor gegenüberzustehen.

Darüber hinaus bietet die NATO-Mitgliedschaft Schweden die Möglichkeit, seine militärischen Fähigkeiten zu verbessern und von der technologischen und strategischen Zusammenarbeit innerhalb des Bündnisses zu profitieren. Der Zugang zu moderner militärischer Technologie und gemeinsamen Verteidigungsprojekten stärkt die schwedischen Streitkräfte und erhöht die Abwehrbereitschaft. Auch die Teilnahme an gemeinsamen Übungen und Einsätzen fördert die Interoperabilität und die operative Effizienz der schwedischen Armee.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die politische Dimension des NATO-Beitritts. Schweden sendet damit ein klares Signal seiner Zugehörigkeit zur westlichen Gemeinschaft und zu den gemeinsamen Werten der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Die Mitgliedschaft in der NATO stärkt die politische und diplomatische Position Schwedens in Europa und darüber hinaus.

Schweden erfüllte die Aufnahmekriterien der NATO beim Beitritt umfassend und ohne größere Schwierigkeiten. Die NATO stellt an potenzielle Mitgliedstaaten spezifische politische, militärische und rechtliche Anforderungen, die Schweden problemlos erfüllen konnte. Politisch betrachtet ist Schweden eine etablierte Demokratie mit einer langen Tradition der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte. Militärisch verfügt Schweden über gut ausgebildete und modern ausgerüstete Streitkräfte, die in der Lage sind, zur kollektiven Verteidigung des Bündnisses beizutragen. Vor dem

Beitritt hat Schweden aktiv an NATO-Übungen und -Operationen teilgenommen, was die Interoperabilität und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den NATO-Streitkräften unter Beweis stellte. Schweden erfüllte somit alle wesentlichen Kriterien im Membership Action Plan. Somit waren alle institutionellen Hürden für einen Beitritt genommen.

Schweden bietet einen bedeutenden geostrategischen Vorteil, insbesondere durch seine Fähigkeit, den Zugang zur Ostsee zu kontrollieren. Diese strategische Position ermöglicht es der NATO, die Bewegungen der russischen Marine besser zu überwachen und zu blockieren, wodurch die Verteidigung der osteuropäischen NATO-Mitglieder wie den baltischen Staaten erheblich gestärkt würde. (Gunter 2022; Tuncer 2022) Zudem verfügt Schweden über eine starke Militärtradition und eine hochentwickelte Verteidigungsindustrie, die wertvolle Beiträge zur kollektiven Sicherheit der NATO leisten könnten. Schwedens militärische Fähigkeiten und seine Erfahrungen in arktischen Gebieten würden die Einsatzmöglichkeiten der NATO in nördlichen und kalten Regionen erweitern. (Gunter 2022) Ein weiterer Grund ist, dass die Erweiterung der NATO um Schweden die Allianz insgesamt stärkt und ihr eine größere Legitimität verleiht. Die Entscheidung Schwedens, seine traditionelle Neutralität aufzugeben und sich der NATO anzuschließen, zeigt, dass die Bedrohungen durch Russland real und ernst sind. (Gunter 2022; Neset 2023) Die Integration Schwedens in die NATO würde auch zur Stabilität und Sicherheit in der Region beitragen. Angesichts der historischen Spannungen und Sicherheitsbedenken in Nordeuropa würde der NATO-Beitritt Schwedens ein starkes Signal der Abschreckung gegen mögliche Aggressionen senden und gleichzeitig die Sicherheit seiner Nachbarn stärken. Bei einem Beitritt Schwedens zur NATO überwiegen somit langfristig die Vorteile gegenüber den Nachteilen, auch für einzelne Mitgliedstaaten wie die Türkei.

Die Türkei als bestehendes Mitglied der NATO hat auch im Aufnahmeprozess Schwedens ein Vetorecht, das es einsetzen kann.

Die bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und Schweden haben eine lange und komplexe Geschichte, die sowohl Phasen enger Zusammenarbeit als auch erhebliche Spannungen umfasst. Historisch gesehen reichen die politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern bis ins 17. Jahrhundert zurück. Der schwedische König Karl XII. fand nach seiner Niederlage gegen Russland im Jahr 1709 Zuflucht im Osmanischen Reich, wo er fünf Jahre lang regierte. Diese frühe Verbindung legte den

Grundstein für spätere diplomatische und wirtschaftliche Kooperationen. (Republic of Türkiye Ministry of Foreign Affairs 2024)

Im 20. Jahrhundert festigten die Türkei und Schweden ihre Beziehungen durch verschiedene Abkommen. Ein bedeutender Meilenstein war das Freundschaftsabkommen von 1924, das die bilateralen Beziehungen weiter stärkte. Im Jahr 2013 unterzeichneten beide Länder eine Erklärung zur strategischen Partnerschaft, die ihre Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen vertiefte. Genauso wurde 2014 das Türkisch-Schwedische Joint Economic and Trade Committee (JETCO) gegründet, das 2021 das erste Mal tagte und die wirtschaftliche Zusammenarbeit stärken sollte. (Republic of Türkiye Ministry of Foreign Affairs 2024)

Wirtschaftlich haben die beiden Länder solide Handelsbeziehung aufgebaut. Im Jahr 2023 betrug das Handelsvolumen zwischen der Türkei und Schweden 4,11 Milliarden Dollar, wobei die Türkei hauptsächlich Textilien, Haushaltsgeräte und landwirtschaftliche Produkte exportierte, während Schweden Maschinen, Papierwaren und pharmazeutische Produkte lieferte. (Republic of Türkiye Ministry of Foreign Affairs 2024)

In den letzten Jahrzehnten haben sich jedoch auch erhebliche Spannungen in den bilateralen Beziehungen entwickelt, insbesondere im Zusammenhang mit der kurdischen Frage. Schweden hat wiederholt die türkische Regierung für ihre Menschenrechtsverletzungen und ihre militärischen Operationen gegen kurdische Gruppen in der Türkei und in Nordsyrien kritisiert. Diese Kritik erreichte nach dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei im Jahr 2016 und den darauf folgenden Repressionen gegen vermeintliche Anhänger des Putsches einen Höhepunkt. (Aggestam et al. 2023)

Ein weiterer Konfliktpunkt ist die große kurdische Community in Schweden, die etwa 100.000 Personen umfasst. Diese Gruppe hat eine bedeutende Rolle im schwedischen politischen Leben. Die Türkei hat wiederholt gefordert, dass Schweden seine Unterstützung für kurdische Gruppen wie die PKK und YPG einstellt, die von der Türkei als terroristische Organisationen betrachtet werden. (Aggestam et al. 2023)

Ankara sieht sich öfter Vorwürfen, vornehmlich westlicher Staaten ausgesetzt, sich immer weiter Richtung Autokratie zu entwickeln. Die Kritik setzt auch an der Situation der Menschenrechte und dem Vorgehen des türkischen Militärs in Nordsyrien an. (Tuncer 2022) Im Zuge dessen hat Schweden auch ein Waffenembargo gegen die Türkei verhängt.

Die Spannungen erreichten einen neuen Höhepunkt, als im Jahr 2023 in Schweden Proteste stattfanden, bei denen Korane verbrannt und eine Erdoğan-Puppe vor der türkischen Botschaft in Stockholm aufgehängt wurde. Solche Aktionen verschärften die diplomatischen Beziehungen weiter und führten zu heftiger Kritik seitens der türkischen Regierung. (Aggestam et al. 2023)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und Schweden von einer langen Geschichte der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung geprägt sind, aber auch von erheblichen Spannungen und Konflikten, insbesondere im Zusammenhang mit der kurdischen Frage und den Menschenrechten. Diese komplexe Dynamik wird auch in Zukunft die Beziehungen zwischen den beiden Ländern prägen. Es wird daher erwartet, dass die Türkei die Strategie des konditionalen Widerstands einsetzt.

Die Türkei stellte mehrere Forderungen an Schweden im Zusammenhang mit dessen Antrag auf NATO-Mitgliedschaft. Diese Forderungen betrafen hauptsächlich Sicherheits- und Antiterrorismusmaßnahmen, die Behandlung kurdischer Organisationen und die Auslieferung von Personen, die die Türkei als Terroristen betrachtet. Hier sind die wichtigsten Forderungen und deren Erfüllung im Detail:

- *Beendigung der Unterstützung für kurdische Gruppen:* Die Türkei fordert, dass Schweden die Unterstützung für die PKK, deren Schwesterpartei in Syrien der YPD aufhebt. (Neset 2023)
- *Waffenembargo aufheben:* Die Türkei verlangt von Schweden, das Waffenembargo gegen sie aufzuheben und den Export von Waffen wieder zu ermöglichen. (Neset 2023)
- *Auslieferungen von Terrorverdächtigen:* Die Türkei fordert, dass Schweden anhängige Auslieferungs- und Abschiebungsanträge türkischer Staatsbürger, die der Terrorismusunterstützung beschuldigt werden, erfüllt. Hierbei geht es vor allem um Mitglieder der Gülen-Bewegung. (Neset 2023)
- *Gesetzgebung gegen Terrorismus verschärfen:* Schweden soll seine nationalen Gesetze gegen Terrorismus verschärfen. (Neset 2023)
- *Wiederaufnahme in das F-35-Projekt:* Die Türkei fordert von den USA die Wiederaufnahme in das F-35-Projekt, nachdem die USA die Lieferung der Kampffjets aufgrund des türkischen Kaufs russischer Raketenabwehrsysteme storniert hatten. (Tuncer 2022)

In der nachfolgenden Zeit fanden zahlreiche Verhandlungen über die Forderungen statt. Eine zentrale Forderung der Türkei war die Beendigung der Unterstützung für kurdische Gruppen, insbesondere die PKK und deren syrischen Ableger YPG. Schweden verpflichtete sich im Rahmen eines trilateralen Memorandums mit der Türkei und Finnland, keine Unterstützung mehr für diese Gruppen zu leisten. (NATO 2022)

Zudem konnte sich die Türkei beim Ausfuhrverbot von Waffen durchsetzen. Schweden stimmte zu, das Waffenembargo zu überprüfen und keine neuen Waffenembargos gegen die Türkei zu verhängen. (Euronews 2022)

Die Türkei forderte auch die Auslieferung von Personen, die sie als Terroristen betrachtet, insbesondere Mitglieder der Gülen-Bewegung und der PKK. Schweden kündigte an, einige Fälle zu überprüfen. In einigen Fällen wurden Personen ausgeliefert (Deutsche Welle 2023) in vielen jedoch nicht (Al Jazeera 2023). Die vollständige Umsetzung aller türkischen Forderungen bleibt ein kontroverses und sensibles Thema. Schweden betont, dass jede Auslieferung im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen und dem schwedischen Recht erfolgen muss. (Aggestam et al. 2023)

Zudem verlangte die Türkei, dass Schweden seine nationalen Gesetze zur Bekämpfung des Terrorismus verschärft. Schweden hat zugesagt, seine Antiterrorgesetze zu überprüfen und zu verschärfen, um den Forderungen der Türkei nachzukommen. Diese Gesetzesänderungen sollen die Sicherheit in Schweden erhöhen und gleichzeitig den Bedenken der Türkei Rechnung tragen. (Herlin-Karnell 2023)

Eine zusätzliche Forderung der Türkei, die sich jedoch direkt an die USA richtet, betrifft die Wiederaufnahme in das F-35-Projekt. Die USA wiederum knüpften eine mögliche Wiederaufnahme an die Bedingung einer türkischen Zustimmung zum NATO-Beitritt Schwedens. Einige Wochen nach der türkischen Zustimmung erhielt das Land die Zusage für eine Lieferung von F-16-Kampffjets aus dem Weißen Haus. (Lee 2024)

Nachdem sich die Türkei in vielen Punkten ihrer Forderungen durchgesetzt hatte, stimmte das türkische Parlament am 26. Januar 2024 für den Beitritt Schwedens zur NATO. Drei Tage später unterzeichnete Präsident Erdogan das Gesetz. Schweden trat am 7. März desselben Jahres offiziell der NATO als 32. Mitglied bei. Die Türkei konnte beim Beitrittsprozess ohne großen Aufwand einige zusätzliche Vorteile neben denen, die ein Beitritt Schwedens allein mit sich bringt, für sich aus den Verhandlungen

gewinnen. Die Strategie des konditionalen Widerstands hat sich für die Türkei bezahlt gemacht.

#### Die Türkei beim Beitritt Zyperns zur NATO/PfP

Zypern ist ein Land, das angesichts seiner relativ jungen Vergangenheit bereits viele Spannungen und Konflikte erlebt hat. Vor der Unabhängigkeit war Zypern erst für dreihundert Jahre unter osmanischer Herrschaft und schließlich bis 1960 britische Kronkolonie. Am 16. August 1960 wurde die gesamte Insel unabhängig und trat bereits vier Tage später als Republik Zypern den Vereinten Nationen bei. Die Briten behielten jedoch zwei Militärstützpunkte auf der Insel. Bereits in den Anfangsjahren entstanden Spannungen zwischen den griechischen und türkischen Teilen der Bevölkerung, die jeweils von ihren Schutzmächten Griechenland und der Türkei unterstützt wurden. 1974 kam es zu einem Putsch der zypriotischen Nationalgarde, die von Griechenland unterstützt wurde und eine Angliederung an Griechenland durchsetzen wollte. Daraufhin marschierten türkische Truppen in den Nordteil der Insel ein, um die dort lebenden Türken zu schützen. Seit 1974 ist die Insel de facto geteilt in einen griechischen Südteil und einen türkischen Nordteil.

Aus der Geschichte leitet sich das starke Interesse Zyperns ab, seinen Status als eigenständige Nation zu sichern. Das war auch einer der Gründe für die Bewerbung um den EU-Beitritt des Landes. Vor allem die griechischen Zyprioten, welche mit etwas mehr als 70 % die Mehrheit des Landes stellen, sehen darin eine Chance zur Annäherung an Griechenland und einer möglichen Vereinigung mit Griechenland selbst. (Müftüler-Bac und Güney 2005) Alleine aus der Anerkennung als souveräner Staat wäre auch ein NATO-Beitritt sinnvoll.

Auf landespolitischer Ebene hat sich die zypriotische Regierung noch nie aktiv für einen Beitritt zur NATO ausgesprochen, aber auch noch nie öffentlich bekundet kein NATO-Mitglied werden zu wollen. Ein Grund für das nicht Aussprechen der Forderung könnte die Erfolgslosigkeit eines solchen Unterfangens sein, da – wie später besprochen – die Türkei jegliche Versuche blockiert. Jedoch hat Zypern einen Antrag auf Aufnahme in das Partnership for Peace (PfP) Programm der NATO gestellt. Eine Mitgliedschaft im PfP gilt als Voraussetzung für die NATO-Mitgliedschaft. 2011 erhielt ein entsprechender Antrag im Parlament die Mehrheit. Von zypriotischer Seite ist zumindest ein Interesse am Beitritt zum PfP, wenn nicht sogar zur NATO, vorhanden.

Zypern erfüllt viele der institutionellen Voraussetzungen für eine NATO-Mitgliedschaft. Das Land verfügt über eine stabile Demokratie, die durch regelmäßige freie Wahlen und den Schutz der Bürgerrechte gekennzeichnet ist. Diese demokratischen Prinzipien entsprechen den Anforderungen der NATO, die auf politischer Stabilität und der Achtung der Menschenrechte basiert. Zypern besitzt eine freie Marktwirtschaft, was ebenfalls Voraussetzung für den NATO-Beitritt ist. Genauso ist die zivile Kontrolle des Militärs gewährleistet. Dies stellt sicher, dass militärische Entscheidungen demokratischen Prozessen unterworfen sind und die Streitkräfte des Landes unter der Aufsicht gewählter ziviler Behörden stehen.

Zusätzlich ist Zypern Mitglied der Europäischen Union, für deren Mitgliedschaft deutlich strengere Aufnahmekriterien gelten als für die NATO. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Zypern alle Kriterien des Membership Action Plan erfüllen würde, auch wenn es derzeit nicht Teil dieses Plans ist. Zypern erfüllt auf jeden Fall die Bedingungen für die Partnership for Peace.

Zypern ist auch aus Sicht der NATO strategisch wertvoll. Das Land verfügt über erhebliche militärische Ressourcen. In den letzten Jahren lag der Anteil der Rüstungsausgaben bei 1,8 bis 2 Prozent des BIP (World Bank Open Data 2024), damit erfüllt Zypern (nahezu) das 2-Prozent-Ziel der NATO. Darüber hinaus bietet Zypern 15.000 aktive Soldatinnen und Soldaten (World Population Review 2024). Das sind etwa doppelt so viel wie das NATO-Mitglied Nordmakedonien bereitstellt.

Auf Zypern befinden sich bereits Militärbasen Großbritanniens und damit auch der NATO. Auch die USA nutzen diese Stützpunkte für ihr Militär. Im Ernstfall können diese beiden Orte nur über den Seeweg versorgt werden. Mit einem Beitritt Zyperns wäre die Versorgung dieser Orte sichergestellt. Darüber hinaus liegt die Insel in einer strategisch wichtigen Region. Von dort aus können Einsätze im Nahen und Mittleren Osten geflogen werden. Beispielsweise befindet sich dort das Überhorizontradar PLUTO, von dem aus Flugbewegungen bis nach Afghanistan und Nordafrika überwacht werden können. (Clogg 2015). Genauso starten von den Militärbasen US-amerikanische Aufklärungsflugzeuge über den Nahen Osten. Die beiden Stützpunkte sind auch wesentlicher Bestandteil der britischen atomaren Abschreckung, da hier Atomwaffen stationiert sind. (Windsor 1964)

Zypern bietet außerdem eine starke Wirtschaft, die bereits als Teil des europäischen Binnenmarktes besteht. Die niedrigen Unternehmenssteuern ermöglichten dem Land, ein regionales Zentrum für Finanzdienstleistungen und Banken zu werden. (Cavusoglu et al. 2019).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Zypern durchaus Vorteile für die NATO mit sich bringt. Auch für die Türkei wären langfristig Vorteile zu erwarten, da gerade die strategisch günstige Lage der NATO viele Möglichkeiten in einer der instabilsten Regionen garantiert. Von Zypern aus wurden Aufklärungsflüge der Royal Air Force während des Arabischen Frühlings geflogen. Natürlich muss in diesem Szenario davon ausgegangen werden, dass mindestens der Status quo der Teilung Zyperns erhalten bleibt, wie es auch bei dem Beitritt Zyperns zur Europäischen Union der Fall war.

Die Türkei als vollständiges NATO-Mitglied hat bei einem möglichen Beitritt Zyperns zur NATO oder zum PfP ein Vetorecht.

Nach der Unabhängigkeit Zyperns von Großbritannien im Jahr 1960 wurde die Insel als bi-nationaler Staat gegründet, der sowohl die griechischen als auch die türkischen Zyprioten repräsentieren sollte. Bereits in den frühen 1960er Jahren kam es jedoch zu erheblichen Spannungen zwischen den beiden Gemeinschaften. Die Verfassung von 1960 wurde von den griechischen Zyprioten unter Präsident Makarios geändert, was zu heftigen interkommunalen Auseinandersetzungen führte. Die Zeit von 1963 bis 1974 war geprägt von rassistischer Gewalt und ethnischen Konflikten. (Müftüler-Bac und Güney 2005)

Nach dem Putsch der griechischen Junta gegen Präsident Makarios im Juli 1974, der die Annexion Zyperns durch Griechenland zum Ziel hatte, verschlechterten sich die Beziehungen weiter. Als Reaktion darauf intervenierte die Türkei militärisch auf der Grundlage ihres Rechts aus dem London-Zürich-Vertrag von 1960 und besetzte den Norden der Insel. Seitdem ist Zypern in zwei Verwaltungseinheiten geteilt: die international anerkannte Republik Zypern im Süden und die nur von der Türkei anerkannte Türkische Republik Nordzypern. (Müftüler-Bac und Güney 2005)

Mit dem Beitrittsantrag Zyperns zur Europäischen Union im Jahr 1990 verschärfen sich die Spannungen erneut. Die Türkei und die türkischen Zyprioten sahen den EU-Beitritt Zyperns als Verstoß gegen die 1960er Verträge an, da diese einen Beitritt zu internationalen Organisationen untersagten, denen die Türkei und Griechenland nicht

beide angehören. Das türkische Außenministerium bezeichnet den Beitritt Zyperns zur EU als ein Verfahren ohne rechtliche Grundlage. (Müftüler-Bac und Güney 2005) Auf dem Luxemburger Gipfel von 1997 entwickelten die türkischen Zyprioten zwei mögliche Szenarien als Reaktion auf die EU-Mitgliedschaft Zyperns: eine Konföderation oder die vollständige Integration in die Türkei. (Müftüler-Bac und Güney 2005)

Zypern verhindert die Einbindung der Türkei in den Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. (Acikmese und Triantaphyllou 2012) Seit dem Beitritt Zyperns zur EU hat das Land alle Bemühungen der Türkei um einen eigenen Beitritt zur EU blockiert.

Zusätzlich erschweren Funde großer Mengen Erdgas im östlichen Mittelmeer die Situation. Eines der Gasfelder liegt direkt in der Wirtschaftszone Zyperns. Die Anrainerstaaten haben ein Interesse zur Kooperation bekundet, jedoch ohne die Türkei. Dabei hat die Türkei eigene Interessen und möchte Transitland werden. Dies wird jedoch von der Republik Zypern abgelehnt. (Stergiou 2016)

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass sich die Regierungen in Ankara und Nikosia in einer feindschaftlichen Beziehung befinden. Aus Sicht der Türkei ist die international anerkannte Republik Zypern ein Staat, der türkischstämmige Menschen systematisch unterdrückt und der Türkei besonders in Europa mit seinem Vetorecht in der EU große Hindernisse in den Weg legt. Die Beziehungen der beiden Länder können daher als feindschaftlich angesehen werden.

2011 stimmte das zypriotische Parlament für einen Beitritt zur Partnership for Peace, jedoch lehnte dies der damalige Präsident ab. Als 2013 Nicos Anastasiades zum Präsidenten gewählt wurde, versprach er, die Bewerbung Zyperns für das PfP voranzutreiben. Jeglicher Versuch, Zypern näher an die NATO zu bringen, wurde jedoch von der Türkei mit ihrem Veto blockiert. Die Türkei hat sich mehrfach klar zu ihrem Veto gegen den Beitritt Zyperns zum PfP positioniert. (Hatsikides und Nicolaidis 2010; Acikmese und Triantaphyllou 2012) Genauso haben beide Staaten eine nähere Zusammenarbeit der EU und der NATO in ihren jeweiligen Organisationen durch ihr Veto verhindert. (Acikmese und Triantaphyllou 2012) Bisher konnte Zypern weder der NATO noch dem PfP beitreten und ist somit das einzige Land der Europäischen Union, das nicht im PfP ist.

## Kurzbeispiele

Um die externe Validität des Arguments zu steigern sollen hier noch weitere Fälle aus anderen Institutionen und mit anderen Staaten getestet werden. Aufgrund der bereits sehr ausführlichen Arbeit können diese Fallbeispiele jedoch nur sehr kurz umrissen werden. Beispielsweise kann jedoch eine weitere Arbeit über genau diese Fallbeispiele geschrieben werden. Hier sollen sie lediglich nur als Vorschau auf weitere mögliche Fallbeispiele verstanden werden, gelten jedoch nicht als vollwertige Belege der Theorie.

### **Absoluter Widerstand in den Vereinten Nationen**

In den frühen Jahren der UN, von 1946 bis 1955, nutzten die ständigen Mitglieder ihr Vetorecht oft, um die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten zu verhindern. Diese Zeit war durch den Kalten Krieg geprägt, eine Periode intensiver ideologischer und politischer Spannungen zwischen den westlichen Alliierten, angeführt von den USA, und der Sowjetunion. Beide Seiten sahen die Aufnahme neuer Mitglieder als Mittel, ihren Einfluss in der UN zu stärken. Die Sowjetunion legte wiederholt ihr Veto gegen die Aufnahme von Ländern ein, die als pro-westlich galten. Darunter fielen unter anderem Italien und Österreich. Die westlichen Alliierten wiederum blockierten die Aufnahme von Ländern, die als kommunistisch oder pro-sowjetisch galten, wie Albanien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien und die Mongolei. Diese Länder wurden von den westlichen Mächten aufgrund ihrer kommunistischen Regierungen und engen Verbindungen zur Sowjetunion blockiert. (Ahmad 1953)

Die Blockade setzte sich fort, da keine Einigung über die Aufnahme neuer Mitglieder erzielt werden konnte. Beide Seiten nutzten ihr Vetorecht strategisch, um ihre politischen Interessen zu schützen. Der Sicherheitsrat war in einer Sackgasse, und die UN konnte ihre Mitgliederbasis nicht erweitern.

Die Blockade der beiden Seiten kann als absoluter Widerstand gesehen werden. Beide Seiten haben ein Interesse an der Aufnahme neuer Mitglieder, da gerade die UN ein Ort für alle friedliebenden Nationen darstellen soll und somit von der Expansion auf weitere Mitgliedsstaaten profitieren. Alle Beitrittskandidaten haben auch ein Interesse beizutreten, da sie sich aktiv um Mitgliedschaft beworben haben, zusätzlich erfüllen sie die institutionellen Voraussetzungen für den Beitritt. Schließlich können jedoch die bilateralen Beziehungen als äußerst schlecht angesehen werden, da die Staaten den

unterschiedlichen Lagern des Kalten Krieg angehörten. Deswegen blockierten die USA der Sowjetunion nahestehende Staaten absolut und die Sowjetunion pro-westliche Länder wie Italien und Österreich.

Schließlich konnten sich die Blöcke 1955 durch eine umfassende diplomatische Vereinbarung auf die Aufnahme weitere Staaten einigen. Die USA und die Sowjetunion einigten sich auf einen Kompromiss, der es erlaubte, 16 neue Mitgliedstaaten gleichzeitig aufzunehmen. Zu diesen neuen Mitgliedern gehörten unter anderem Spanien, Italien, Bulgarien, Rumänien und Finnland. (UN Security Council 1955)

Das sind Beispiele aus der Vergangenheit, jedoch gibt es auch aktuelle Beispiel in denen die Aufnahme eines Staates zur UN am Veto eines ständigen Mitglieds des Sicherheitsrates scheitert. Eines dieser Beispiele ist Taiwan.

Taiwan verlor sein Sitz in der UN 1971 zugunsten der Volksrepublik China. Seitdem steht das Land nahezu ohne offizielle Anerkennung seitens der internationalen Staatengemeinschaft dar. Seit 1993 stellt Taiwan jährlich ein Antrag zur Wiederaufnahme in die UN. (Chang und Lim 1997; Huang 2003a) Dieser Fall wird aktuell noch intern von der Verwaltung der UN geprüft und noch nicht an den Sicherheitsrat weitergeleitet. Jedoch hat die Volksrepublik China bereits ein Beitritt Taiwans zur UN kategorisch ausgeschlossen und wird nicht zögern von seinem Vetorecht zu machen. Daher ist ein Beitritt Taiwans aktuell unvorstellbar.

Auch hier sind alle Bedingungen für absoluten Widerstand erfüllt. Taiwan möchte Mitglied werden und hat erfüllt alle institutionellen Voraussetzungen, da es bereits Mitglied war. Auch ein langfristiger Vorteil für die IO besteht und die Volksrepublik kann mit einem Veto im Sicherheitsrat den Beitritt blockieren. Die Beziehungen können als äußerst schlecht angesehen werden, da die Volksrepublik als Teil seines Territoriums betrachtet. Das Ergebnis ist, dass die Volksrepublik absoluten Widerstand gegenüber Taiwan einlegt.

### **Konditionaler Widerstand in weiteren internationalen Organisationen**

Kroatien begann nach dem Jahr 2000 einen intensiven Reformprozess, um die Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft zu erfüllen. Von einem autoritären Präsidialstaat entwickelte sich das Land zu einer funktionierenden Demokratie mit gestärktem Rechtsstaat und marktwirtschaftlichen Strukturen.

Bei den Beitrittsverhandlungen kam es zu Verzögerungen und Schwierigkeiten, Grund waren Forderungen Sloweniens. Die beiden Länder stritten sich um den Grenzverlauf im Golf von Savudrija (Piran), was Slowenien dazu veranlasste, im Jahr 2009 sein Veto gegen die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen einzulegen. (Dirmoser 2013) Im Herbst 2009 einigten sich Kroatien und Slowenien schließlich auf ein Schiedsverfahren. Das Ergebnis viel zugunsten Sloweniens aus (ORF 2017), das somit sein Veto zurückzog. Dies war ein entscheidender Schritt, der es Kroatien ermöglichte, den Verhandlungsprozess fortzusetzen. Es dauerte bis Juni 2010, bis alle Verhandlungskapitel eröffnet und die Verhandlungen Mitte 2011 abgeschlossen wurden. Die EU-Kommission und das europäische Parlament gaben grünes Licht für den Beitritt, der am 1. Juli 2013 offiziell wurde.

Dieser Fall ist ein gutes Beispiel für konditionalen Widerstand. Kroatien wollte der EU beitreten und erfüllte alle institutionellen Voraussetzungen. Die EU profitiert auch langfristig vom Beitritt, da schließlich Kroatien auch beigetreten ist. Slowenien als Mitgliedsland hatte ein Vetorecht in der Entscheidung. Das Verhältnis der beiden ehemaligen Teilstaaten Jugoslawiens war durchwachsen. Zum einen freundschaftlich, da man das gleiche Schicksal teilte und die selben Ziele in Form einer Annäherung an die EU anstrebt. Andererseits bestanden Streitigkeiten über den genauen Grenzverlauf. Die Beziehungen können somit durch einzelne Konflikte geprägt. Daher wandte Slowenien auch den Modus des konditionalen Widerstands an.

Bereits 1993 stellte Russland einen Antrag zur Aufnahme ins GATT bzw. später die WTO. In der WTO gibt es keine institutionellen Kriterien, die ein Land erfüllen muss um beizutreten. Jedoch muss ein Beitrittskandidat mit allen bisherigen Mitgliedern ein bilaterales Abkommen schließen, was wiederum den Mitgliedsstaaten ein Vetorecht gibt. (Simola 2007)

Die USA waren einer der größten Hürden im Aufnahmeprozess Russlands, obwohl die Vereinigten Staaten alleine durch den Beitritt in vielerlei Hinsicht profitiert hätten. (Griswold und Peterson 2011) Die Bilateralen Beziehungen zwischen Russland und den USA können in diesem Zeitraum als konfliktreich, jedoch nicht schlecht angesehen werden. Russland als ehemalige Sowjetrepublik hat sich in den 90er-Jahren dem Kapitalistischen System untergeordnet, sowie eine Transformation hin zu einem demokratischen System begonnen. Jedoch bleiben weiterhin viele Konflikte und Vertrauensprobleme zwischen den beiden Staaten.

Die USA nutzen beim Beitrittsprozess ihre Vetomacht um Russland Bedingungen für einen Beitritt zu stellen. Unter Anderem forderten die Vereinigten Staaten strengere Regeln im Schutz von geistigem Eigentum und eine Reform bzw. Senkung der russischen Agrarsubventionen. (Stanojevic 2014). Schließlich konnten sich die beiden Länder in einem bilateralen Abkommen 2006 einigen und Russland konnte formal der WTO beitreten.

Somit stimmt sie Wahl der Widerstands-Strategie mit den Voraussetzungen und Bedingungen überein. Russland hatte ein Interesse beizutreten, der USA kam ein Vetorecht zu, institutionelle Beitrittschürden waren erfüllt, da nicht existent, die USA profitierten langfristig von einem Beitritt und die Beziehungen der beiden Länder waren durchwachsen. Schließlich wurde die Strategie des konditionalen Widerstands angewandt.

Das waren jetzt einige Beispiele, die weitere Fälle aufzeigen in denen die Theorie des Widerstands Anwendung finden kann. Sie erheben noch keine Gültigkeit, wegen des begrenzten Umfanges, sollen aber auf die Möglichkeiten einer vollumfassenden Untersuchung hindeuten. Weitere interessante Fälle wären die Beitritte und Beitrittsversuche des Vereinigten Königreichs, Chinas oder Taiwans zum Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership.

## Konklusion

Die Untersuchung der drei bedeutenden Fallbeispiele bestätigt die Theorie der verschiedenen Widerstandsmodi im Beitrittsprozess zu internationalen Organisationen. Dabei wurde deutlich, wie die bilateralen Beziehungen zwischen zwei Staaten das Verhalten von Mitgliedsländern beeinflussen. Die Ergebnisse betonen die Übereinstimmung der empirischen Beobachtungen mit den theoretischen Vorhersagen in allen analysierten Fällen.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Analyse der bilateralen Beziehungen und deren Einfluss auf die Aufnahme neuer Mitglieder in internationale Organisationen ein komplexes und vielschichtiges Thema darstellt. Diese Arbeit hat gezeigt, dass Staaten, die über ein Vetorecht verfügen, verschiedene Strategien des Widerstands anwenden können, je nachdem wie ihre Beziehungen zum Beitrittskandidaten gestaltet sind. Die entwickelten Typologien – kein Widerstand, konditionaler Widerstand und absoluter

Widerstand – bieten ein wertvolles Rahmenwerk, um das Verhalten von Staaten in solchen Situationen systematisch zu erfassen und zu analysieren.

Die empirischen Untersuchungen anhand der NATO und der Beitrittsversuche von Schweden, Nordmakedonien und Zypern verdeutlichen die praktische Relevanz und die Anwendbarkeit der theoretischen Annahmen. Es zeigt sich, dass die bilateralen Beziehungen einen signifikanten Einfluss auf die Entscheidung der Mitgliedsstaaten haben, ob und in welcher Form sie Widerstand leisten. Dabei spielen sowohl historische Erfahrungen als auch gegenwärtige geopolitische und wirtschaftliche Interessen eine zentrale Rolle.

Ein besonders interessantes Ergebnis dieser Arbeit ist die Erkenntnis, dass nicht nur die objektiven Kriterien eines Beitrittskandidaten, wie etwa die Erfüllung der institutionellen Beitrittskriterien, ausschlaggebend sind, sondern vor allem die subjektive Wahrnehmung und die bilateralen Verhältnisse zwischen den Staaten. Dies bedeutet, dass in vielen Fällen politische und historische Animositäten oder Freundschaften entscheidender sind als formale Qualifikationen.

Die detaillierte Untersuchung der Fälle Nordmakedoniens, Schweden und Zyperns illustriert, wie vielfältig die Motivationen und Bedingungen sein können, unter denen Mitgliedsstaaten ihre Zustimmung zu einem Beitritt geben oder verweigern. Im Fall von Nordmakedonien konnte eine freundschaftliche Beziehung zur Türkei die Unterstützung trotz bestehender regionaler Spannungen sichern. Der Beitritt Schwedens hingegen wurde durch konditionalen Widerstand der Türkei geprägt, was zeigt, wie bilaterale Konflikte und Forderungen die Verhandlungen beeinflussen können. Zypern, als Beispiel für absoluten Widerstand, verdeutlicht, wie tief verwurzelte Feindschaften und ungelöste Konflikte die Erweiterung einer internationalen Organisation blockieren können.

Zukünftige Forschungen könnten die Anwendung dieser Typologie auf andere internationale Organisationen und in anderen politischen Kontexten untersuchen, um die Generalisierbarkeit der Ergebnisse weiter zu validieren. Ein Ziel sollte es sein, die externe Validität beispielsweise durch ein Most-Different-Case-Design oder ein Hard-Case-Design zu erhöhen. Dabei wäre es interessant zu untersuchen, wie interne politische Veränderungen innerhalb der Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidaten die bilateralen Beziehungen und somit die Aufnahmebereitschaft beeinflussen. Ebenso könnte die

Rolle externer Akteure und deren Einfluss auf bilaterale Beziehungen und Beitrittsprozesse weiter erforscht werden.

Zudem wäre eine vertiefte Analyse der spezifischen Bedingungen und Mechanismen, die zur Veränderung der bilateralen Beziehungen führen, von Interesse. Dies könnte dazu beitragen, präzisere Vorhersagen über das Verhalten von Staaten in Beitrittsverhandlungen zu treffen und das Verständnis der Dynamiken in internationalen Beziehungen weiter zu vertiefen. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei der Frage gewidmet werden, wie Vertrauen zwischen Staaten aufgebaut oder wiederhergestellt werden kann und welche diplomatischen Instrumente hierbei am effektivsten sind.

Insgesamt trägt diese Arbeit dazu bei, das komplexe Zusammenspiel von Macht, Interessen und Beziehungen im Kontext der Aufnahme neuer Mitglieder in internationale Organisationen besser zu verstehen und liefert wertvolle Einblicke für die theoretische und praktische Auseinandersetzung mit diesem Thema. Sie bietet sowohl Forschern als auch Praktikern im Bereich der internationalen Beziehungen eine fundierte Grundlage, um die Dynamiken und Herausforderungen bei der Erweiterung internationaler Organisationen besser zu bewältigen und konstruktive Lösungsansätze zu entwickeln.

## Literaturverzeichnis

Acikmese, Sinem Akgul; Triantaphyllou, Dimitrios (2012): The NATO–EU–Turkey trilogy: the impact of the Cyprus conundrum. In: *Southeast European and Black Sea Studies* 12 (4), S. 555–573. DOI: 10.1080/14683857.2012.741846.

Aggestam, Lisbeth; Schierenbeck, Isabell; Wackenhut, Arne (2023): Sweden, NATO and the role of diasporas in foreign policy. In: *International Affairs* 99 (6), S. 2367–2385. DOI: 10.1093/ia/iad239.

Ahmad, Mushtaq (1953): Admission of New Members to the United Nations. In: *Pakistan Horizon* 6 (4), S. 161–171. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/41392588>.

Ålander, Minna; Paul, Michael (2022): Finnland und Schweden rücken näher an die NATO. Auswirkungen der russischen Kriegspolitik im Hohen Norden. In: *SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen* 6 (2), S. 201–209. DOI: 10.1515/sirius-2022-2006.

Ålander, Minna; Paul, Michael; Swistek, Göran (2022): Zeitenwende im arktisch-nordatlantischen Raum. Außen- und sicherheitspolitische Folgen des NATO-Beitritts von Finnland und Schweden. In: *Z Außen Sicherheitspolit* 15 (4), S. 361–371. DOI: 10.1007/s12399-022-00930-8.

Alberque, William; Schreer, Benjamin (2022): Finland, Sweden and NATO Membership. In: *Survival. Global politics and strategy*; June-July 2022: Russia and the world. Washington, DC: the International Institute for Strategic Studies, S. 67–72. Online verfügbar unter <https://www.taylorfrancis.com/chapters/edit/10.4324/9781003422198-4/finland-sweden-nato-membership-william-alberque-benjamin-schreer>.

Aliyev, Jakhongir E. (2022): CAUSES OF RUSSIA'S INVASION OF UKRAINE AND ITS IMPACT ON THE WORLD ORDER. In: *ojhpl* 02 (02), S. 222–230. DOI: 10.37547/supsci-ojhpl-02-02-29.

Alvarez, José E. (2006): International Organizations: Then and Now. In: *American Journal of International Law* 100 (2), S. 324–347. DOI: 10.1017/S0002930000016687.

- Beck, Teresa Koloma; Veit, Alex (2015): Widerstand und Herrschaft in der Weltgesellschaft: Einleitung zum Forum. In: *ZfJ* 22 (1), S. 99–112. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/24587973>.
- Bertoldi, Paolo; Zancanella, Paolo; Boza-Kiss, Benigna (2016): Demand response status in EU Member States. Luxembourg: Publications Office (EUR, Scientific and technical research series, 27998).
- Bojinović Fenko, Ana; Keil, Soeren; Šabič, Zlatko (2023): Europeans from the Start? Slovenia and Croatia Between State-building, National Identity and the European Union. In: *Journal of Intervention and Statebuilding* 17 (2), S. 136–155. DOI: 10.1080/17502977.2022.2162674.
- Börzel, Tanja A. (2002): Member State Responses to Europeanization. In: *Journal of Common Market Studies* 40 (2), S. 193–214. DOI: 10.1111/1468-5965.00351.
- Börzel, Tanja A. (2003): How the European Union interacts with its member states. Online verfügbar unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-246018>.
- Boutros-Ghali, Boutros (1993): Empowering the United Nations. In: *Foreign Affairs* 71 (5), S. 89–102. Online verfügbar unter <https://heinonline.org/HOL/P?h=hein.journals/fora71&i=979>.
- Brusylovska, Olga (2020): Critical Discourse Analysis in International Relations Studies: The cases of Russia and Ukraine. In: *Rhetoric and Communications*, Artikel 43.
- Bulmer, Simon; Lequesne, Christian (Hg.) (2020): The member states of the European Union. Third edition. Oxford: Oxford University Press (The new European Union series).
- Bültmann-Hinz, Barbara; König, Jörg; Raddatz, Guido (2021): Einstimmigkeit oder qualifizierte Mehrheit? Beschlussfassung und Entscheidungsfindung in der EU. Berlin: Stiftung Marktwirtschaft (Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, 159). Online verfügbar unter <https://www.econstor.eu/handle/10419/244333>.
- Cavusoglu, Behiye; Ibrahim, Saifullahi Sani; Ozdeser, Huseyin (2019): Testing the relationship between financial sector output, employment and economic growth in North Cyprus. In: *Financ Innov* 5 (1). DOI: 10.1186/s40854-019-0151-3.
- Chang, Parris; Lim, Kok-ui (1996): Taiwan's case for United Nations membership. In: *Annual Survey of International & Comparative Law*, S. 393–430. Online verfügbar

unter [https://heinonline.org/HOL/Page?handle=hein.journals/jilfa1&div=22&g\\_sent=1&casa\\_token=&collection=journals](https://heinonline.org/HOL/Page?handle=hein.journals/jilfa1&div=22&g_sent=1&casa_token=&collection=journals).

Chang, Parris; Lim, Kok-ui (1997): Taiwan's Case for United Nations Membership Point-Counterpoint: The International Legal Status of Taiwan. In: *UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs* 1 (2), S. 393–430. Online verfügbar unter <https://heinonline.org/HOL/P?h=hein.journals/jilfa1&i=403>.

Clayton, Julian St. Patrick (2024): Admission into NATO without a Membership Action Plan: Sweden's Discreet March Towards NATO Membership. Harvard University Division of Continuing Education.

Clogg, Richard (2015): The Sovereign Base Areas: colonialism redivivus? In: *Byz. Mod. Greek Stud.* 39 (1), S. 138–150. DOI: 10.1179/0307013114Z.00000000057.

Copsey, Nathaniel; Pomorska, Karolina (2010): Poland's power and influence in the European Union: The case of its eastern policy. In: *Comp Eur Polit* 8 (3), S. 304–326. DOI: 10.1057/cep.2009.3.

Corbett, Jack; Yi-chong, Xu; Weller, Patrick (2021a): Why Do IOs Encourage the Participation of Small States? In: Jack Corbett, Xu Yi-chong und Patrick Weller (Hg.): *International organizations and small states. Participation, legitimacy and vulnerability*. Bristol: Bristol University Press, S. 29–57.

Corbett, Jack; Yi-chong, Xu; Weller, Patrick (2021b): Why Do Small States Engage with IOs? In: Jack Corbett, Xu Yi-chong und Patrick Weller (Hg.): *International organizations and small states. Participation, legitimacy and vulnerability*. Bristol: Bristol University Press, S. 58–84. Online verfügbar unter <https://bristoluniversitypressdigital.com/monochap/book/9781529207712/ch003.xml>.

Daase, Christopher; Deitelhoff, Nicole (2015): Jenseits der Anarchie: Widerstand und Herrschaft im internationalen System. In: *Politische Vierteljahresschrift* 56 (2), S. 299–318. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/24877531>.

Daßler, Benjamin; Heinkelmann-Wild, Tim; Kruck, Andreas (2022): Wann eskalieren westliche Mächte institutionelle Kontestation? Interne Kontrolle, externe Effekte und Modi der Kontestation internationaler Institutionen. In: *ZfJ* 29 (1), S. 6–37. DOI: 10.5771/0946-7165-2022-1-6.

Deitelhoff, Nicole; Zürn, Michael (2016): Kapitel 4.3: Rationalistische Theorien zur Entstehung internationaler Institutionen. In: Nicole Deitelhoff und Michael Zürn (Hg.): Lehrbuch der Internationalen Beziehungen. Per Anhalter durch die IB-Galaxis. 1. Aufl. München: Verlag C.H.BECK Literatur - Sachbuch - Wissenschaft (C.H.Beck Paperback, 6101), S. 134–143.

Dietmar Drimoser (2013): Der lange Weg nach Europa: Kroatiens EU-Beitritt. Online verfügbar unter <https://library.fes.de/pdf-files/id/10148.pdf>.

Dirmoser, Dietmar (2013): Der lange Weg nach Europa. Kroatiens EU-Beitritt. [Electronic ed.]. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationaler Dialog, Referat Mittel- und Osteuropa (Perspektive / Friedrich-Ebert-Stiftung).

Efevwerhan, David Igbojohwegba (2012): Kosovo's chances of UN membership: a prognosis. In: *Goettingen Journal of International Law*. DOI: 10.3249/1868-1581-4-1-efevwerhan.

Ewers-Peters, Nele Marianne (2023): Positioning member states in EU-NATO security cooperation: towards a typology. In: *European Security* 32 (1), S. 22–41. DOI: 10.1080/09662839.2022.2076558.

Fioretos, Orfeo (2011): Historical Institutionalism in International Relations. In: *Int Org* 65 (2), S. 367–399. DOI: 10.1017/S0020818311000002.

Frankenbach, Patrick; Kruck, Andreas; Zangl, Bernhard (2021): India's recognition as a nuclear power: A case of strategic cooptation. In: *Contemporary Security Policy* 42 (4), S. 530–553. DOI: 10.1080/13523260.2021.1920117.

Gangloff, Sylvie (2011): The relations between Turkey and Macedonia: The incoherencies of a political partnership. In: *Turkish Review of Balkan Studies*, S. 37–56. Online verfügbar unter <https://hal.science/hal-00583229>.

Goldgeier, James; Shiffrinson, Joshua R. Itzkowitz (Hg.) (2023): Evaluating NATO Enlargement: From Cold War Victory to the Russia-Ukraine War. Cham: Springer International Publishing.

Gómez Vélez, Mirian (2023): Russia's imperialistic ambitions: the impact of the war in ukraine on the international liberal order. Online verfügbar unter <https://hdl.handle.net/20.500.12880/8094>.

- Gries, Peter; Yam, Paton Pak Chun (2020): Ideology and international relations. In: *Current Opinion in Behavioral Sciences* 34, S. 135–141. DOI: 10.1016/j.cobeha.2020.03.006.
- Griswold, Daniel; Peterson, Douglas (2011): Trading with the Bear: Why Russia's Entry into the WTO Is in America's Interest 46. Online verfügbar unter <https://www.cato.org/sites/cato.org/files/pubs/pdf/FTB-046.pdf>, zuletzt geprüft am 25.06.2024.
- Gunter, Michael (2022): Some Implications of Sweden and Finland Joining NATO. In: *Comm* 2 (1), S. 91–100. DOI: 10.33182/tc.v2i1.2710.
- Hatsikides, Savvas; Nicolaides, Demetrios (2010): Exploring Cyprus' relationship with NATO's Partnership for Peace. In: *Romanian Journal of Security Studies* 1. Online verfügbar unter [https://www.researchgate.net/publication/215601862\\_Exploring\\_Cyprus'\\_relationship\\_with\\_NATO's\\_Partnership\\_for\\_Peace](https://www.researchgate.net/publication/215601862_Exploring_Cyprus'_relationship_with_NATO's_Partnership_for_Peace).
- Herlin-Karnell, Ester (2023): Erdogan's Wish List Come True? Unter Mitarbeit von Fachinformationsdienst für internationale und interdisziplinäre Rechtsforschung.
- Howard, Michael (1989): Ideology and international relations. In: *Rev. Int. Stud.* 15 (1), S. 1–10. DOI: 10.1017/S026021050011304X.
- Huang, Eric Ting-Lun (2003a): Taiwan's status in a changing world: United Nations representation and membership for Taiwan. In: *Annual Survey of International & Comparative Law* (9), S. 55–99. Online verfügbar unter [https://heionline.org/hol/cgi-bin/get\\_pdf.cgi?handle=hein.journals/ansurintcl9&ion=6](https://heionline.org/hol/cgi-bin/get_pdf.cgi?handle=hein.journals/ansurintcl9&ion=6).
- Huang, Eric Ting-Lun (2003b): Taiwan's Status in a Changing World: United Nations Representation and Membership for Taiwan. In: *Annual Survey of International & Comparative Law* 9, S. 55–100. Online verfügbar unter <https://heionline.org/HOL/P?h=hein.journals/ansurintcl9&i=59>.
- Iliev, Andrej; Ilieva Nikolovska, Anita; Petrova, Emilija (2020): Historical retrospective of the integration in NATO and the European Union of the Republic of North Macedonia. In: Saso Korunoski und Nikola Dujovski (Hg.): *Security Horizons. The Euro-Atlantic values in the Balkan countries. International scientific conference. Ohrid, 22-24 September* (3), S. 39–60.

Kruck, Andreas; Zangl, Bernhard (2019): Trading privileges for support: the strategic co-optation of emerging powers into international institutions. In: *International Theory* 11 (3), S. 318–343. DOI: 10.1017/S1752971919000101.

Langenbacher, Eric (2010): Collective Memory as a Factor in Political Culture and International Relations. In: Eric Langenbacher und Yosi Shain (Hg.): *Power and the past. Collective memory and international relations*. Washington: Georgetown University Press, S. 13–50.

Magliveras, Konstantinos D. (2011): Membership in International Organizations. In: Jan Klabbers und Åsa Wallendahl (Hg.): *Research Handbook on the Law of International Organizations*: Edward Elgar Publishing.

Menon, Rajan; Ruger, William (2023): NATO Enlargement and US Grand Strategy: A Net Assessment. In: James Goldgeier und Joshua R. Itzkowitz Shiffrin (Hg.): *Evaluating NATO Enlargement: From Cold War Victory to the Russia-Ukraine War*. Cham: Springer International Publishing, S. 165–208.

Müftüler-Bac, Meltem; Güney, Aylin (2005): The European Union and the Cyprus Problem 1961–2003. In: *Middle Eastern Studies* 41 (2), S. 281–293. DOI: 10.1080/00263200500035462.

Neset, Siri (2023): What Turkey wants. Turkey's objection to Finland and Sweden's NATO Membership Applications. In: *IFS Insights* (3). Online verfügbar unter <https://fhs.brage.unit.no/fhs-xmlui/bitstream/handle/11250/3121611/IFS%20Insight%203%202023%20Turkey.pdf?sequence=1>, zuletzt geprüft am 09.06.2024.

Orhan, Ebru (2022): The Effects of the Russia - Ukraine War on global Trade. In: *Journal of International Trade, Logistics and Law* 8 (1), S. 141–146. Online verfügbar unter <https://www.jital.org/index.php/jital/article/view/277>.

Osieke, Ebere (1981): Admission to Membership in International Organizations: The Case of Namibia. In: *British Yearbook of International Law* 51 (1), S. 189–229. DOI: 10.1093/bybil/51.1.189.

Papić, Tatjana (2013): Fighting for a Seat at the Table: International Representation of Kosovo. In: *Chinese Journal of International Law* 12 (3), S. 543–570. DOI: 10.1093/chinesejil/jmt032.

Pappi, Franz Urban; Henning, Christian (2003): Die Logik des Entscheidens im EU-System. In: Markus Jachtenfuchs (Hg.): Europäische Integration. 2. Aufl. Opladen: Leske + Budrich (Uni-Taschenbücher UTB für Wissenschaft Politikwissenschaft, 1853), S. 287–315. Online verfügbar unter [https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-663-07699-5\\_10](https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-663-07699-5_10).

Proroković, Dušan; Ladjevac, Ivona (2018): Kosovo case and the role of the United. Online verfügbar unter [http://repositorijum.diplomacy.bg.ac.rs/256/1/2018\\_Kosovo\\_Dusan\\_Prorokovic-171-184.pdf](http://repositorijum.diplomacy.bg.ac.rs/256/1/2018_Kosovo_Dusan_Prorokovic-171-184.pdf), zuletzt geprüft am 23.05.2024.

Quigley, John Bernard (2012): Who Admits New Members to the United Nations? (Think Twice Before You Answer). In: *George Washington International Law Review* 44 (2), S. 179–242. DOI: 10.2139/ssrn.2070057.

Saliu, Fluturim (2022): How the Ukraine Crisis has affected the European Union and certain NATO Member State. In: *International Journal of Formal Education* 1 (5), S. 1–16. Online verfügbar unter <https://journals.academiczone.net/index.php/ijfe/article/view/33>.

Scharf, Michael P. (1995): Musical Chairs: The Dissolution of States and Membership in the United Nations. In: *Cornell International Law Journal* 28 (1), S. 29–70. Online verfügbar unter <https://heinonline.org/HOL/P?h=hein.journals/cintl28&i=37>.

Schlichte, Klaus (2015): Herrschaft, Widerstand und die Regierung der Welt. Zur historischen Soziologie internationalisierter Politik. In: *ZfJ* 22 (1), S. 113–127. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/24587974>.

Simola, Heli (2007): Russia getting closer to WTO membership – what are the practical implications? In: *Bank of Finland Institute for Economies in Transition* 3. Online verfügbar unter <https://publications.bof.fi/bitstream/handle/10024/45058/128775.pdf?sequence=1&isAllowed=y>, zuletzt geprüft am 25.06.2024.

Slapin, Jonathan B. (2011): Veto Power. Institutional Design in the European Union. Ann Arbor: University of Michigan Press (New Comparative Politics). Online verfügbar unter <https://library.oapen.org/handle/20.500.12657/31768>.

Stanojevic, Natasa (2014): Effects of Russia's WTO accession on agricultural trade and production. In: *Ekonomski pogledi* 16 (4), S. 93–109. DOI: 10.5937/EkoPog1403093S.

Stergiou, Andreas (2016): Turkey–Cyprus–Israel relations and the Cyprus conflict. In: *Journal of Balkan and Near Eastern Studies* 18 (4), S. 375–392. DOI: 10.1080/19448953.2016.1195994.

Tuncer, Abdullah Murat (2022): Turkey's Options for Finland and Sweden's NATO Membership Applications. In: *International Journal of Science and Research* 11 (5), S. 1579–1582. DOI: 10.21275/SR22521111020.

Tyushka, Andriy; Czechowska, Lucyna (2019): Chapter 1: Strategic partnerships, international politics and IR theory. In: Lucyna Czechowska, Andriy Tyushka, Agata Beata Domachowska, Karolina Gawron-Tabor und Joanna Piechowiak-Lamparska (Hg.): *States, international organizations and strategic partnerships*. Cheltenham, UK, Northampton, MA, USA: Edward Elgar Publishing.

Uzairi, Bashkim (2019): Adriatic Charter, integration in NATO – An illusion or reality. In: *Journal of the Association-Institute for English Language and American Studies*. DOI: 10.5281/zenodo.2550189.

Weiss, Thomas G.; Carayannis, Tatiana; Jolly, Richard (2009): The “Third” United Nations. In: *GG* 15 (1), S. 123–142. DOI: 10.1163/19426720-01501008.

Wendt, Alexander (1992): Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics. In: *Int Org* 46 (2), S. 391–425. DOI: 10.1017/S0020818300027764.

Wiener, Antje (2005): Umstrittenheit im Integrationsprozess: Widerstand = Scheitern? In: *ZIB* 12 (2), S. 369–376. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/40844007>.

Windsor, Philip (1964): Nato and the Cyprus crisis. In: *The Adelphi Papers* 4 (14), S. 3–19. DOI: 10.1080/05679326408448027.

Zürn, Michael; Binder, Martin; Ecker-Ehrhardt, Matthias; Radtke, Katrin (2007): Politische Ordnungsbildung wider Willen. In: *ZIB* 14 (1), S. 129–164. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/40844050>.

#### Internetquellen

Al Jazeera (2023): Sweden’s Supreme Court blocks extradition of two wanted by Turkey. In: *Al Jazeera*, 13.07.2023. Online verfügbar unter <https://www.aljazeera.com/news/2023/7/13/swedens-supreme-court-blocks-extradition-of-two-wanted-by-turkey>, zuletzt geprüft am 10.06.2024.

Deutsche Welle (2023): Sweden Supreme Court: OK to send PKK supporter to Turkey. In: *Deutsche Welle*, 07.06.2023. Online verfügbar unter <https://www.dw.com/en/sweden-supreme-court-approves-extradition-of-pkk-supporter-to-turkey/a-65854132>, zuletzt geprüft am 10.06.2024.

Euronews (2022): Sweden lifts Turkey arms embargo as NATO membership inches closer. In: *Euronews*, 30.09.2022. Online verfügbar unter <https://www.euronews.com/2022/09/30/sweden-lifts-turkey-arms-embargo-as-nato-membership-inches-closer>, zuletzt geprüft am 10.06.2024.

Große Nationalversammlung der Türkei (2019): TÜRKİYE BÜYÜK MİLLET MECLİSİ AÇIK OYLAMA SONUÇLARI. 101'inci Birleşim. Online verfügbar unter <https://web.archive.org/web/20190712095359/https://www.tbmm.gov.tr/tutanak/donem27/yil2/ham/b23303oylama.htm>, zuletzt aktualisiert am 17.06.2024, zuletzt geprüft am 17.06.2024.

Lee, Matthew (2024): US approves F-16 fighter jet sale to Turkey, F-35s to Greece after Turkey OKs Sweden's entry to NATO. In: *AP News*, 27.01.2024. Online verfügbar unter <https://apnews.com/article/us-turkey-sweden-nato-ukraine-russia-02418dd7644bc8865fdafdf4c848dbd>, zuletzt geprüft am 10.06.2024.

NATO (2006): NATO handbook. Brussels: NATO's Public Diplomacy Division.

NATO (2022): Trilateral Memorandum. Online verfügbar unter [https://www.nato.int/nato\\_static\\_fl2014/assets/pdf/2022/6/pdf/220628-trilat-memo.pdf](https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2022/6/pdf/220628-trilat-memo.pdf), zuletzt geprüft am 10.06.2024.

ORF (2017): Schiedsspruch: Bucht von Piran slowenisch. In: *ORF*, 29.06.2017. Online verfügbar unter <https://news2.orf.at/stories/2397322/2397319/>, zuletzt geprüft am 23.06.2024.

Republic of Türkiye Ministry of Foreign Affairs (2024): Relations between Türkiye and Sweden. Online verfügbar unter <https://www.mfa.gov.tr/relations-between-turkiye-and-sweden.en.mfa>, zuletzt aktualisiert am 09.06.2024, zuletzt geprüft am 09.06.2024.

UN Security Council (1955): Resolution 109. Admission of new Members to the UN. Online verfügbar unter <http://unscr.com/en/resolutions/109>, zuletzt aktualisiert am 23.06.2024, zuletzt geprüft am 23.06.2024.

World Bank Open Data (2024): Military expenditure (% of GDP) - Cyprus. World Bank. Online verfügbar unter <https://data.worldbank.org/indicator/MS.MIL.XPND.GD.ZS?locations=CY>, zuletzt aktualisiert am 13.06.2024, zuletzt geprüft am 13.06.2024.

World Population Review (2024): Military Size by Country 2024. Online verfügbar unter <https://worldpopulationreview.com/country-rankings/military-size-by-country>, zuletzt aktualisiert am 13.06.2024, zuletzt geprüft am 13.06.2024.